Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 1.—7. Okt. 25 Mill. Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 2 200 000 Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 10 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 5 Mill. Mk. | **Montag, den 1. Oktober 1923** | **3. Jahrgang Nr. 229**

Die Festung Küstrin von faszistischen Truppen besetzt?

Sammlung der norddeutschen Faszisten zum Marsch auf Berlin und Mitteldeutschland
Arbeiter, bildet die eiserne Mauer gegen den Faszismus!

(Eigene Meldung.) **Berlin, 1. Oktober.**

Die über die Treibereien der Faszisten sehr gut unterrichtete Tel.-Union verbreitet in Berlin die Nachricht, daß die Festung Küstrin im Morgengrauen des 1. Oktober von nationalen Kampfverbänden besetzt wurde und daß die Reichswehr keinen Widerstand geleistet hätte und daß ununterbrochen neue Verstärkungen nationaler Kampfverbände in Küstrin eintreffen.

Das Reichswehrministerium teilt dazu mit, daß die Meldung von einem Umsturz in Küstrin von der Tel.-Union in der verbreiteten Form nicht zutrifft. Das Reichswehrministerium wird in Kürze einen Bericht über die in Berlin kursierenden Gerüchte über die verbreitete Meldung herausgeben.

*

Trotz des eigenartigen Dementis des Reichswehrministeriums weiß die Arbeiterschaft, woran sie ist. In Küstrin ist einer der geplanten und angekündigten Aufmärsche der faszistischen Truppen erfolgt.

Der Schlag gegen Küstrin ist nur ein Glied in der Kette des faszistischen Staatsstreich-Planes. Mit weiteren offenen Sturmangriffen an anderen Stelle des Reiches ist zu rechnen. Die faszistischen Truppen werden an den festen Stützpunkten gesammelt, um dann gegen die Arbeiterzentren geführt zu werden.

Für die gesamte Arbeiterschaft bedeuten die Ereignisse in Küstrin: Alarm!!

Die Koalitionsregierung hat den Schlag gegen Küstrin nicht verhindert, obwohl die Arbeiterpresse die offenen Rüstungen der Faszisten in Norddeutschland meldete.

Die Arbeiterklasse kann in der Abwehr nur auf ihre eigene Kraft rechnen. Heute müssen alle proletarischen Organisationen in den Dienst des Abwehrkampfes gestellt werden. Wer von den reformistischen Verrätern die Arbeiterschaft dem Faszismus überantworten will, ist auszuschalten.

Die proletarische Einheitsfront muß jetzt stehen! Der letzte Arbeiter muß aufgeweckt werden. Die faszistischen Bluthunde sollen diesmal auf Granit beißen!

Wirkungen der Militärdiktatur

Fieberhafte Tätigkeit der Faszistenbanden

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 30. September.**

Wie dem „Berliner Tageblatt" von gutunterrichteter Seite berichtet wird, wirkt sich die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes in einer fieberhaften Tätigkeit der faszistischen Mordverbände aus. Nicht nur in Süddeutschland, sondern in allen Teilen des Reiches, besonders in Oberschlesien, Pommern und den beiden Mecklenburg, haben in den letzten Tagen die faszistischen Organisationen ihre Tätigkeit verstärkt. Es wird insbesondere von ihnen versucht, einen verstärkten Einfluß auf die Reichswehr auszuüben. Offenbar halten die Führer dieser Geheimbündelei den jetzigen Zeitpunkt für besonders geeignet, weil die vollziehende Gewalt ausschließlich in den Händen der Militärbefehlshaber ruht.

*

Die faszistischen Organisationen werden von der Reichswehr ausgerüstet

Am Sonnabend wurde der Polizeipräsident von Berlin von seinen eigenen Parteigenossen alarmiert. Sie meldeten ihm, daß sich in Spandau faszistische Organisationen, wie „Fridericus Rex" usw., mit Hilfe der Reichswehr bewaffnen. Aehnliches wird aus den Kasernen der Reichswehr in Berlin gemeldet.

Der Militärkommandeur Berlins von Horn hat in einer öffentlichen Bekanntmachung diese Bewaffnung der Faszisten dementiert, trotzdem treten die Organisationen immer besser bewaffnet auf.

Arbeiter-Regierung gegen Militärdiktatur

(Eigene Drahtmeldung)

Leipzig, 30. September.

Von Sachsen droht die Gefahr! Das ist das Stichwort der Konterrevolution für die Vernichtung der sächsischen und der gesamten mitteldeutschen Arbeiterschaft. Sachsen steht unter dem verschärften Belagerungszustand. Die sozialdemokratischen Minister der Großen Koalition gestatten zwar den Herrn Generalstaatskommissar von Kahr, sie dulden jedoch keinen Zivilkommissar für Sachsen. Der Belagerungszustand richtet sich gegen links. Schon sind in Sachsen die Kontrollausschüsse verboten, Versammlungen werden unterdrückt, die Faszisten kommen aus ihren Schlupflöchern hervorgekrochen.

Weithin sichtbar muß in dieser Stunde die Gefahr und gleichzeitig die geschlossene Abwehr signalisiert werden. Gegen Sachsen richtet sich der erste Stoß. **Dieser Stoß muß jedoch von der gesamten deutschen Arbeiterklasse pariert werden.** Die KPD. hat die Gefahr sofort erkannt, während die VSPD. und die sächsische Regierung passiv verharren und der Militärdiktatur eine Machtposition nach der anderen ausliefern, ruft die Kommunistische Partei das Proletariat auf zur Bildung der breitesten Einheitsfront. Der Landesvorstand Sachsen der KPD. und die kommunistische Landtagsfraktion erlassen einen Aufruf an die sächsische Arbeiterschaft, in dem es heißt:

„In der Erkenntnis des gewaltigen Ernstes und der Schwere dieser entscheidungsvollen Tage ist die KPD. erneut an die Sozialdemokratische Partei, die Regierung und die Gewerkschaften herangetreten, um einen Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte zu einer Rotfront gegen den Faszismus zu schaffen. Die Rettung kann einzig und allein sein eine gemeinsame Aktion der Parteien und Gewerkschaften.

Die KPD. hat die Initiative dazu ergriffen und unter Zurückstellung früherer Forderungen eine gemeinsame Regierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten vorgeschlagen. Die Plattform für die gemeinsame Arbeiter-Regierung besteht in folgendem, sofort zu verwirklichenden Notprogramm.

1. **Sofortige Mobilisierung der Massen. Gemeinsame Proklamation an die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Sofortige Einberufung des Landtags.**
2. **Anwendung aller Mittel zur Beseitigung des Ausnahmezustandes.**
3. **Verstärkung, Ausbau und Bewaffnung der gemeinsamen Abwehrorganisationen.**
4. **Sicherung der sächsischen Grenze gegen Bayern durch die gemeinsamen Abwehrorganisationen.**
5. **Sofortige Einsetzung gemeinsamer Aktionsausschüsse zur Unterstützung der Arbeiter-Regierung für die Dauer des Ausnahmezustandes.**
6. **Zur Abwehr der faszistischen Militärdiktatur Vorbereitungen zur Durchführung des politischen Massenstreiks.**
7. **Bildung eines mitteldeutschen Abwehrblocks Sachsen-Thüringen zur Abwehr des bayrisch-faszistischen Angriffs.**
8. **Maßnahmen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter. (Folgen konkrete Forderungen.)**
9. **Schärfster Kampf gegen die Große Koalition und für die Arbeiter-Regierung im Reiche.**

Proletarier in Stadt und Land! Eure kämpfende Einheitsfront die machtvollen Reserven aus dem Millionenheer der Ausgebeuteten werden die bewaffnete Macht der Konterrevolution zermürben und zerbrechen. Ihr müßt nur den Entschluß zum Kampf und den Willen zum Sieg haben."

Die Bezirksleitung Groß-Thüringens der KPD. und die kommunistische Landtagsfraktion Thüringens haben mit den sächsischen Genossen die engste Fühlung aufgenommen und stellen sich gemeinsam hinter dieses Notprogramm, das nicht ohne Einfluß auf die Regierungsbildung in Thüringen bleiben wird. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich bewußt sein, daß dieser Druck der Kommunistischen Partei für die deutsche Revolution von historischer Bedeutung sein kann. In diesen Tagen fallen die Würfel über das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.

Aufmarsch der Reichswehr gegen Sachsen

(Eig. Drahtm.) **Weißenfels, 1. Oktober.**

In den Kreis Weißenfels werden zwei Bataillone des Reichswehrregiments Nr. 11 und eine Batterie des Halberstädter 4. Artillerie-Regiments einquartiert. Die bürgerliche Presse schreibt von Manövern der Reichswehr.

*

Belagerungszustand und Manöver, das mag glauben, wer will. Der Zweck der Truppenverschiebung ist eindeutig gegen Sachsen und Thüringen gerichtet. Die 60 Soldaten, die in Corbetha einquartiert werden, haben keine andere Aufgabe, als im gegebenen Falle die Eisenbahn zwischen Sachsen und Thüringen zu sperren, und die beiden Bataillone der Leipziger Reichswehr und die Batterie der Halberstädter Artillerie hat keine andere Aufgabe, als die Verbindung zwischen Sachsen, Thüringen und Halle zu sperren. So wird der Ring um Sachsen und Thüringen immer enger geschlossen.

Demokratische Polizeichefs werden beseitigt

Oberbürgermeister Luppe der Polizeigewalt entsetzt

München, 30. September.

Laut **„München-Augsburger Abendzeitung"** hat der Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr dem Oberbürgermeister Luppe in Nürnberg die Polizeigewalt in der Stadt entzogen. Die Polizeigewalt für Nürnberg-Fürth wurde dem Staatskommissar von Nürnberg-Fürth, Oberregierungsrat Gareis, auf Grund des Ausnahmezustandes übertragen. Gareis wird als Vertreter Dr. v. v. Kahrs die Polizeigewalt ausüben.

Es geht gegen die Arbeiterklasse!

Legalisierung der monarchistischen Geheimverbände — Die Große Koalition vor dem Zusammenbruch — Faszistische Diktatur oder Arbeiter-Regierung

Der Zweck des über das Reich verhängten Ausnahmezustandes enthüllt sich Tag für Tag klarer. Die Drohungen Hitlers mit dem gewaltsamen Umsturz beantwortete die bayrische Regierung mit der legalen Uebergabe der Macht an den bayrischen Monarchisten und Faszistenführer von Kahr. Sofort erfolgt Schlag auf Schlag gegen die Arbeiterklasse. Der sozialdemokratischen „Münchener Post" werden die letzten Waffen weggenommen, die sozialdemokratischen SA. (Sicherheits-Abteilungen) werden aufgelöst, der bayrische Betriebsrätekongreß sowie alle Arbeiterversammlungen werden verboten, in sozialdemokratischen Bureaus werden Haussuchungen veranstaltet und der Staatsanwalt „befaßt" sich mit den sozialdemokratischen Waffenlagern. Ja sogar der demokratische Bürgermeister von Nürnberg wird seiner Funktionen enthoben. Dagegen wird das Verbot der illegalen „vaterländischen" Kampfverbände aufgehoben. Dagegen gehen die Paraden der faszistischen Verbände in Bayern weiter. Mit den Kampfverbänden ist die bayrische Rechtsdiktatur legalisiert, d. h. das Großkapital erledigt den demokratischen Schein und stützt sich in seiner Herrschaft auf den Faszismus.

Aber nicht nur in Bayern, im ganzen Reich erhebt sich die Reaktion. Die Koalitionsregierung verhängt unter dem Vorwand, den bayrischen Schlag zu parieren, den Ausnahmezustand über das ganze Reich, d. h. **sie übergibt die Macht dem Reichswehrminister und den Generalen.** Sofort werden in Sachsen, Mitteldeutschland und Thüringen Arbeiterversammlungen verboten, die Organisation von Streiks untersagt, Kontrollausschüsse ohne behördliche Genehmigung unterdrückt. Die sächsischen Industriellen werden bei Ebert „dringend" vorstellig und wenden sich **gegen eine Aufhebung des Ausnahmezustandes** überhaupt, der ihnen ihre Profitinteressen so gut schützt. Also nicht nur in Bayern, in ganz Deutschland: ein Machtergreifen der Rechtsdiktatur, ein Ringen gegenüber der Arbeiterschaft, die eroberte Stellung zu halten, die nackte faszistische Diktatur über das Reich zu befestigen.

Der Konflikt Geßler—Kahr wegen des Verbotes des „Völkischen Beobachters" ist absolut ein Widerspruch in diesem bitterernsten Bild. Hitler tobt in seinem Blatt gegen Kahr und die Reichsregierung, er verlangt, daß zur Sicherung des Sieges bayrische Truppen in Sachsen und Thüringen einmarschieren sollen. Aber der „wilde Mann" Hitler ist doch nichts anderes als ein gekauftes Subjekt des Großkapitals. So und nicht anders ist seine Haltung zu bewerten. Die fanatisierten Stoßtrupps der Völkischen sollen den Großkapitalisten dazu dienen, ihre Ziele durchzuführen. Sie sind die Peitsche in der Hand ihrer Leute, vor deren Drohung in Bayern und im Reich die Demokratie ohne Schwertstreich abgedankt hat. Niemand wird bestreiten, daß viele der einfachen Soldaten in den Hitlerschen Sturmtrupps das Vaterland retten wollen, daß sie glauben, dies könne geschehen durch blutige Vernichtung der Arbeiterbewegung, durch ein Aufräumen mit den „Novemberverbrechern" und der „Juden", und daß sie dann an einen Revanchekrieg gegen Frankreich denken. Aber die Persönlichkeiten der deutschvölkischen Führer, ihre bisherigen Geldquellen bieten dem Großkapital, das zuletzt an einen Befreiungskrieg denkt, sondern sich jetzt mit den französischen Kapitalisten verständigt und verschmilzt, die Gewähr dafür, daß die reaktionären Gruppen in den Grenzen der Betätigung bleiben, die ihnen von den Stinnes und Konsorten vorgeschrieben werden, d. h. **daß sie sich lediglich als Bluthunde gegen die Arbeiterklasse betätigen,** gegen die Arbeiterklasse, die sich jetzt wirtschaftlich wehren muß, weil ihr neue gewaltige Lasten aufgebürdet werden sollen, unter denen sie zusammenbrechen müßte.

Es ist also nichts als ein elender Mißbrauch des nationalen Empfindens weiter, verelendeter Volkskreise, wenn als Zweck der illegalen Verbände der Befreiungskrieg gegen die Entente angegeben wird. Am gestrigen Sonntag hielt noch der Franzosenfreund und Landesverräter Graf Bothmer mit Knilling und v. Lossow zusammen eine Regimentsfeier ab. Aber durch ihre Verfassung sind die illegalen Kampfverbände das beste Werkzeug gegen alle republikanischen Elemente, selbst gegen die jämmerlichen „Demokraten" und linken Zentrumsleute.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231001-12/fragment/page=0001

Diese Peitsche kann Kahr, kann die Reaktion jetzt nicht aus der Hand geben. Darum hat Kahr auf den Befehl Geßlers, den „Völkischen Beobachter" zu verbieten, gepfiffen. Im Einverständnis mit General Lossow kam das Blatt mit einer „Verwarnung" davon. Da nicht wahrscheinlich ist, daß der Untergebene v. Lossow Befehle verweigert, so ist nichts anderes anzunehmen, als daß Geßler selbst wieder zurückgewichen ist.

Die wilde Flucht aller „demokratischen Elemente" vor der Faszistendiktatur charakterisiert überhaupt die ganze Situation. Die Konsequenzen für die Regierungsbildung müssen naturnotwendig eintreten. Die Regierung der Großen Koalition ist dann auch schon vor dem Zusammenbrechen. In der deutschen Volkspartei, im Zentrum haben schwere Auseinandersetzungen stattgefunden, einflußreiche Teile dieser Parteien sind für eine Rechtsregierung mit den Deutschnationalen zusammen. Der volksparteiliche Abgeordnete Maretzki verlangt im schwerindustriellen „Tag" die Anerkennung der illegalen reaktionären Kampfverbände, Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung, unbeschränkte Arbeitszeitverlängerung, Vergewaltigung Sachsens und Thüringens. Er schließt mit den Worten: „Viele hoffen auf den Reichskanzler, aber nicht auf den, der redet, sondern auf den, der handelt. Sollte die Große Koalition wirklich das Hindernis sein, das energische Maßnahmen nicht zuläßt, so scheint mir die Rettung des Volkes mehr wert zu sein als die Große Koalition."

Das ist klar! Nachdem die Sozialdemokratie in jeder Beziehung der faszistischen Diktatur die Wege geebnet hat, soll sie jetzt mit einem kräftigen Fußtritt aus der Regierung hinausgeworfen werden. Die Verräter haben ihre Schuldigkeit getan.

Für die Arbeiterklasse genügen die bisherigen Maßnahmen der Militärdiktatoren, um die ungeheure Gefahr zu erkennen. Eine reaktionäre Rechtsregierung soll mit allen militärischen Machtmitteln und mit Hilfe der faszistischen Söldnerbanden des Kapitals die Lasten der Reparationen, alle Staatslasten, den Arbeitenden aufzwingen. Alle noch bestehenden Vorteile der Sozialgesetzgebung sollen rücksichtslos vernichtet werden.

Gegen dieser drohenden grauenhaften wirtschaftlichen und politischen Versklavung müssen die Arbeiter geschlossen und rasch zur Abwehr vorgehen. Die sächsische und thüringische Arbeiterschaft, die am unmittelbarsten bedroht ist, ist dabei, **der Militärdiktatur mit der Arbeiter-Regierung zu antworten.**

Ueberall im Reich muß die Arbeiterschaft mit allen Mitteln die sächsische und thüringische Arbeiterschaft unterstützen, überall muß sich eisern die proletarische Einheitsfront bilden. Jeder Arbeiter weiß jetzt, worum es geht! Darum heraus zur Abwehr! Die Arbeiterklasse steht allein da! Die „Demokratie" hat sich selbst erledigt. Die Frage steht jetzt: **Faszistendiktatur oder Arbeiterregierung!**

Kahr pfeift auf die Zentralgewalt Geßlers

München, 30. September.

Der „Völkische Beobachter" ist vom Reichswehrminister Geßler auf unbestimmte Zeit verboten worden. Daraufhin fanden am Sonnabend vormittag ausgedehnte Verhandlungen zwischen Kahr und dem vom Reichswehrminister Geßler als Befehlshaber für den Reichswehrkreis Bayern eingesetzten General Lossow statt. Das Ergebnis der Besprechungen ist die Bekanntgabe folgender Entschlüsse des Generalstaatskommissars Dr. v. Kahr:

1. Die sogenannten Schutzabteilungen der sozialdemokratischen Partei (S.A.) sind auf Befehl des Generalstaatskommissars verboten.

2. Die Vollzugsverordnung für das Republikschutzgesetz für Bayern ist außer Kraft gesetzt.

3. Der Generalstaatskommissar hat sich durch die ebenso bösartigen wie unwahren Angriffe des „Völkischen Beobachters" noch nicht veranlaßt gefühlt, das Blatt zu verbieten, hat aber den verantwortlichen Redakteur auf das Generalstaatskommissariat entbieten lassen, um ihm zu eröffnen, daß der geringste Versuch, mit hinterhältiger Politik der Herabsetzung der Aufgaben und Absichten des Generalstaatskommissars fortzusetzen, rücksichtslos bestraft werde.

*

Im Gegensatz zu dieser Meldung berichteten gestern die „Vossische Zeitung" und andere Blätter, Kahr habe den „Völkischen Beobachter" zwar nicht für unbestimmte Zeit (also für die Dauer des Ausnahmezustandes), aber doch für einige Tage verboten. Diese Meldung entpuppt sich als eine Beruhigungslüge. Kahr denkt gar nicht daran, sich irgendwie der Zentralgewalt der Regierung oder dem als vollziehende Gewalt von Geßler eingesetzten Reichswehrkommandeur v. Lossow zu unterstellen. Das spricht der offenbar von Kahr inspirierte „Bayrische Kurier" ganz unzweideutig aus. Er schreibt zu den in Bayern getroffenen Maßnahmen:

„Nicht die Reichsregierung, sondern die bayrische Regierung ist dafür verantwortlich, die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um den Bestand des Staates zu sichern und zu erhalten. Kein normales Verfassungsrecht, kein Satz „Reichsrecht bricht Landesrecht", könnte die bayrische Regierung von jener naturrechtlichen Verantwortlichkeit entbinden. Im übrigen liegt der Fall so, daß die Reichsregierung gut daran tut, sich nicht auf staatsrechtliche Diskussionen einzulassen, da im Augenblick ihre Stellung bedeutend schwächer ist als die bayrische. Wenn da und dort in Berlin die Auffassung bestehen sollte, der Artikel 48 der Reichsverfassung könnte dazu benutzt werden, die exekutiven Befugnisse eines Reichsdiktators soweit auszudehnen, daß man die volle Exekutive in den Ländern werde ausüben können, so ist das ein grundlegender Irrtum.

Der „Vorwärts" erwartet immer noch, daß der Reichswehrkommandeur von Lossow die ihm vom Reichswehrminister Geßler gegebenen klaren Befehle „ebenso klar und unzweideutig" durchführen wird. Es handele nicht mehr um das Erscheinen irgendeines Hetzblattes, sondern um das Ansehen der Republik. Es gehe jetzt ums Ganze. Die Reichsregierung wolle mit Hilfe der Reichswehr und der Zivilbehörden den putschistischen Herd ausräuchern. „Ob sie es kann, das müssen die nächsten Tage zweifelsfrei erweisen."

Arme Schächer des „Vorwärts"! Daß die Reichsregierung gegen die Faszisten ohnmächtig ist, das ist bereits erwiesen. Kahr hat zweifelsfrei erkennen lassen, daß sich seine Diktatur ausnahmslos gegen links, gegen die Republik der „Novemberverbrecher" richtet. Der „Vorwärts" setzt seine Hoffnungen noch immer auf die Reichswehr. Die Besetzung der Festung Küstrin durch die Faszisten zeigt, welchen Widerstand die Reichswehr zum Schutz der Republik gegen die Faszisten leistet.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen die Situation klar erkennen. Sie dürfen nicht mehr säumen; sie müssen schleunigst, trotz des Widerstandes ihrer Führer, zusammen mit den Kommunisten die eiserne Abwehrfront aller Schaffenden bilden.

Parade der bayrischen Konterrevolution

Kronprinz Rupprecht spricht — Knilling, v. Lossow und der Landesverräter Bothmer Hand in Hand

WTB. Berlin, 1. Oktober.

Nach Blättermeldungen aus München weihte gestern das Leibregiment eine Gedenktafel für seine Kriegsgefallenen ein. Im Hofe der Kaserne waren etwa 20 000 Angehörige des Regiments aufgestellt. Der frühere Kronprinz Rupprecht, viele Prinzen und Prinzessinnen, Ministerpräsidenten v. Knilling, die Generale Lossow und Bothmer waren anwesend. Nach einer Ansprache des Generals Epp entfüllte der ehemalige Kronprinz Rupprecht die über dem Eingang der Kaserne angebrachte Gedenktafel. Dann folgte ein Vorbeimarsch der Leibregimenter vor Kronprinz Rupprecht, wobei das Publikum ihn mit dem Ruf begrüßte: Es lebe der König! — Darauf begab sich der ehemalige Kronprinz zum Armeemuseum, vor dem die Münchener Schutzmannschaft zur Feier ihres 25jährigen Bestehens aufgestellt war. Die Festrede hielt Minister Schweyer, der „die Verbrechen der Novemberrevolution" geißelte.

Der Militärterror in Sachsen

(Eig. Meldung.) **Chemnitz, 1. Oktober.**

In Chemnitz sollten am Sonnabend vier öffentliche Versammlungen stattfinden. Diese Versammlungen wurden jedoch von dem Militärdiktator Müller verboten; er genehmigte nur eine öffentliche Versammlung abends 6 Uhr, die sich mit der wirtschaftlichen Lage beschäftigen sollte.

Dafür hat General Müller eine nationalsozialistische Kundgebung in Freiberg in Sachsen erlaubt.

Die Verhandlungen mit der VSPD. in Chemnitz zur Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse sind noch nicht zu Ende. Die Chemnitzer Leitung der VSPD. will zuerst das Resultat der Verhandlungen der Landesvorstände abwarten.

Gemeinsame Aktionsausschüsse sind jedoch schon in Plauen und Zwickau gebildet worden.

Gegen das Verbot der Chemnitzer Versammlungen hat der ADGB. Sachsens eine Protestresolution angenommen. Der „Vorwärts" bringt es in seiner Sonntags-Ausgabe fertig, gegen diesen mehr als gerechtfertigten Protest der Gewerkschaften Einspruch zu erheben. Er warnt die Arbeiter Sachsens, sich zur Wehr zu setzen und weist darauf hin, daß die Parteileitung schon wachsam genug sei.

Gemeinsame Abwehrmaßnahmen von KPD., VSPD. und Gewerkschaften in Sachsen

(Eigener Bericht.) **Zwickau, 30. September.**

Die proletarischen Organisationen des Bezirks Zwickau haben folgenden Aufruf erlassen:

An die arbeitende Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet Zwickau!

Angesichts des Ernstes der politischen und wirtschaftlichen Situation haben die unterzeichneten Organisationen am 28. September 1923 beschlossen, zur gemeinsamen Führung notwendig werdender Aktionen einen Aktionsausschuß einzusetzen, der sich aus je einem Vertreter der unterzeichneten Organisationen zusammensetzt. Die Adresse des Aktionsausschusses ist:

Richard Koch, Zwickau, Posenstraße 16; Tel. 1848.

Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft von Zwickau auf, sich bereitzuhalten und allein den Parolen des Aktionsausschusses zu folgen.

Zwickau, den 28. September 1923.

KPD., Ortsgruppe Zwickau.
VSPD., Ortsgruppe Zwickau.
USPD., Ortsgruppe Zwickau.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Zwickau.
AfA.-Bund.
Proletarische Abwehrorganisation (PAO.) Bezirk Zwickau.

Zeitungsverbote und Beschlagnahmen

Jena, 29. September.

Heute nachmittag wurde in Jena die Gesamtauflage der „Neuen Zeitung" und des „Roten Echo" beschlagnahmt. Außerdem wurden Flugblätter beschlagnahmt, die für Thüringen und Bayern gedruckt waren. Am Nachmittag besetzte ein starkes Polizeiaufgebot das Gebäude und vernichtete die Platten und Matern der heutigen Ausgabe. Außerdem wurde angekündigt, daß die „Neue Zeitung" in Zukunft unter Vorzensur steht.

In Jena hat der Militärbefehlshaber General Reinhardt die kommunistische „Neue Zeitung" und das Kopfblatt „Das Rote Echo" auf acht Tage ohne Angabe von Gründen verboten. In Jena wurden am Sonnabend die Redaktion und die Geschäftsräume der „Neuen Zeitung" von Reichswehr besetzt und die Druckplatten wegen des Aufrufes der Partei vernichtet.

In Stuttgart ist am Sonnabend die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" vom Polizeipräsidenten wegen des Aufrufes der Betriebsräte beschlagnahmt worden.

Dafür kann in München das „Völkische Beobachter" trotz Verbots des Reichswehrministers am Sonntag mit einem Bild von Ludendorff erscheinen. Er kündigt für heute eine Montagsausgabe als Erweiterung seines Blattes an.

WTB. Berlin, 29. September.

Der Befehlshaber im Wehrkreis 3, Generalleutnant von Horn, hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 26. September die Herstellung und den Vertrieb der Zeitungen „Der Rote Kämpfer" und „Arbeiterfaust", die offenbar als Ersatz für die verbotene „Rote Fahne" erschienen sind, verboten.

*

Diese beiden Blätter, die der Berliner Militär-Diktator verbietet, sind sächsische Zeitungen, die allerdings von der Berliner Arbeiterschaft eifrig gelesen wurden. Das Verbot Horns wird die Stimmer der Arbeiterschaft nicht zum Schweigen bringen.

Arbeiterfäuste verhindern die Ausrufung der rheinischen Republik

Die Sabotage der VSPD. verwandelte sich in eine schwere Niederlage der VSPD.-Führer

(Eigene Meldung.) **Düsseldorf, 1. Oktober.**

Die Separatistenkundgebung in Düsseldorf, die die rheinische Republik ausrufen sollte, wurde zu einer schweren Niederlage der Separatisten. Die Arbeiter, unter Führung der KPD., wandten sich gegen die bewaffneten Stoßtrupps der Separatisten. Es kam zu schweren Straßenkämpfen, bei denen nach bürgerlichen Meldungen 17 Tote und über 100 Verwundete gezählt wurden. Die Separatisten mußten ihre Versammlung fluchtartig verlassen. Es rückte französisches Militär mit aufgepflanzten Bajonetten an und schützte die Sonderbündler.

Die bürgerliche Presse verschweigt, daß der Gegenstoß gegen die Separatisten unter Führung der Kommunisten von der Arbeiterschaft durchgeführt wurde. Sie sagt, daß lediglich die grüne und die blaue Polizei gegen die Separatisten eingegriffen habe. Tatsache ist jedoch, daß von sämtlichen Parteien allein die Kommunistische Partei und die Kommunistische Jugend Düsseldorfs und der Ortsausschuß der vereinigten Betriebsräte am Sonnabend in einem Flugblatt zum aktiven Widerstand gegen die Sonderbündler aufgerufen haben. Während die Gewerkschaften und die anderen Parteien lediglich einen passiven Widerstand, einen „roten Sonntag" proklamiert hatten, forderten die Kommunisten in ihrem Flugblatt zu einer machtvollen Kundgebung am Sonntag, dem 30. September, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Hindenburg-Markt auf, auf welchem Platz auch die Kundgebung der Separatisten stattfinden sollte. Die Parole war: „Landesverrat der Separatisten. — Für ein ungeteiltes Arbeiterdeutschland!"

Dank dem Eingreifen der Kommunisten ist es geglückt, die Ausrufung der Rheinischen Republik zu verhindern und die Separatisten zu zwingen, unter die französischen Bajonette zu flüchten.

Der Vorstoß gegen die Große Koalition

Der Volksparteiler Maretzki verlangt die Rechtsdiktatur

Der volksparteiliche Abgeordnete Maretzki hat in dem bekannten Faszistenorgan „Der Tag" einen Artikel veröffentlicht, in dem es heißt:

„Den nationalen Lebenswillen des Volkes, der immer wieder elementar hervorzubrechen sich bemüht, hat man mit allen Kräften zu ersticken versucht, indem man jede Handlung die auf eine künftige Wehrhaftmachung abzielte, als Nationalismus und Todsünde gegen die Republik fanatisch verfolgte. Der Landesverräter, der im Lande verborgen gehaltenen Waffen anzeigte, war der von maßgebenden Parteien als Verbild hingestellte Mann, ein Hohn angesicht der durch den äußeren Feind mit allen Mitteln militärischer Gewalt vorgenommenen Knechtung.

Es gibt keinen Deutschen, der diesen Namen verdient, der nicht empfindet, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, in dem endlich mit diesem Verfahren, ein großes und ehrenhaftes Volk in die Verzweiflung zu treiben, gebrochen werden muß.

Wir wollen, nachdem der Feind vorübergehend auch das Rheinland und die Ruhr in seine Gewalt bekommen hat, wenigstens in dem uns verbliebenen Rest des Reiches leben und gesunden. Es ist die letzte Stunde gekommen, von Worten zur entscheidenden Tat überzugehen. Der Reichskanzler hat schon vor längerer Zeit in Worten den Weg gewiesen, der zur Gesundung führt.

Wo aber sind die rettenden Taten geblieben, welche die vom Volk längst ersehnte Möglichkeit geben, durch Arbeit aus diesem entsetzlichen Hungerelend herauszukommen? Wo sind die Maßnahmen, die der Wirtschaft und damit dem arbeitenden Volke wieder die Freiheit geben, den Faulenzer und den Untüchtigen auszustoßen und den Tüchtigen und Fleißigen besser zu bezahlen als den, der nichts gelernt hat und nichts lernen will? Wann werden wir in den Betrieben mit unseren Arbeitern die gern arbeiten wollen, Uebersunden, so wie es die Lebensnotwendigkeiten des Volkes und des Staates verlangen, vereinbaren können? Wann werden wir die unproduktiven Kräfte, die in der Wirtschaft und im Staat auf Kosten der Allgemeinheit durchgeschleppt werden und die an dem Elend unserer Währung und dem Hungerdasein unzähliger Deutscher mit die Schuld tragen, zwingen können, sich produktiver Arbeit zuzuwenden?

Gewiß, das alles wird nicht mit einem Schlage und in wenigen Tagen zu verwirklichen sein. Wo aber ist der Anfang? Wo zeigt sich der erste Wille, sich entgegen den hemmenden und volksverderbenden Einflüssen einer übertriebenen Demokratie und eines innerlich schon längst zusammengebrochenen Marxismus durchsetzen? Wann wird der immerfortdauernde Zuständen in Sachsen und Thüringen ein Ende gemacht werden?

Mit dem nach dem Vorantritt Bayerns beschlossenen Ausnahmezustand allein ist es nicht gemacht.

Es kann nicht länger gewartet werden."

Maretzki verlangt den Bruch mit der Koalition mit den Sozialdemokraten, um jedes Hindernis zu diesen Zielen aus dem Wege zu räumen.

Maretzki vertritt einflußreiche Kreise der Volkspartei, die eine Rechtsregierung mit den Deutschnationalen und den rechten Zentrumskreisen wollen.

Das zeigt der Arbeiterklasse, wie weit die Dinge schon gediehen sind.

Verschärfte Justizaktion gegen die KPD.

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 30. September.

Der Angriff gegen die Zentrale der KPD. und ihre an der „Roten Fahne" arbeitenden Mitglieder fand in der Reichstagssitzung vom 28. September 1923 einen sehr majestätischen Auftakt. Nicht weniger als acht verschiedene Anträge auf Aufhebung der Immunität von fünf kommunistischen Reichstagsmitgliedern, nämlich: Frölich, Remmele, Stöcker, Zetkin und Koenen wurden vorgelegt. In zwei Fällen der Anklageerhebung, die sich gegen alle fünf Genossen richtet, handelt es sich um die Parteiaufrufe zum Anti-Faszistentag, von denen der eine (RF. 158) als Verbrechen resp. Vergehen gegen die §§ 85 und 81 Abs. 2 des Strafgesetzbuches, begangen durch die Presse, angesehen wird, während der frühere Aufruf bezeichnet wird als Pressesache, Vergehen gegen § 8 Abs. 1 des republikanischen Schutzgesetzes.

Außerdem sind angeklagt: Genosse Koenen als Verantwortlicher der „Roten Fahne" wegen des in Nr. 164 erschienenen Aufrufs des Aktionskomitees und des in Nr. 167 erschienenen Artikels: „Macht Platz für Roßbach", Vergehen gegen die §§ 85 und 81 Abs. 2 des StGB., begangen durch die Presse, und Vergehen gegen § 8 Abs. 1 des republikanischen Schutzgesetzes.

Ferner ist Genosse Koenen als Verantwortlicher der „Roten Fahne" angeklagt wegen der in Nr. 28 der „Montag-Fahne" und den in Nr. 162/163/164 der „Roten Fahne" gebrachten Artikel über Hauptmann Pfeffer: „Der scharfe Pfeffer, Richter dementiert usw." Beleidigungsklage geht von la (Weiß) aus.

Schließlich ist Genosse Koenen angeklagt wegen des in Nr. 170 der „Volksnacht" erschienenen Aufrufs: „Straße frei für den Kommunismus!", Vergehen gegen den § 85 des StGB., begangen durch die Presse in Verbindung des § 97 des StGB.

Genosse Remmele ist als Verantwortlicher der „Roten Fahne" angeklagt wegen des in Nr. 146 erschienenen Artikels „Hetzjagd" und in Nr. 160: „Reichsbehörden lassen Roßbach laufen", Vergehen gegen § 85 StGB. und § 8 Abs. 1 des republikanischen Gesetzes und Beleidigung.

Außerdem ist Genosse Remmele angeklagt wegen Nr. 132 der „Roten Fahne": „Ein falscher Pfiff". Strafantrag von Cuno wegen Vergehen gegen §§ 185/186/200 des StGB. und gegen das Pressegesetz. Außerdem wegen Nr. 136 der „Roten Fahne": „Es stinkt zum Himmel". Beleidigungsanzeige von Oberbürgermeister Böß und Bürgermeister Ritter, Berlin.

Genosse Frölich ist angeklagt als Verantwortlicher wegen des in Nr. 183 der „Roten Fahne" erschienenen Aufrufs: „Bildet in allen Betrieben proletarische Abwehrformationen", Vergehen gegen § 7 Abs. 4 und § 14 Abs. 2 des republikanischen Schutzgesetzes, sowie §§ 110/111 des StGB.

Interessant ist es, daß alle diese Anträge auf Aufhebung der Immunität vom Reichsministerium des Innern erst in der Zeit des Herrn Sollmann, des sozialdemokratischen Innenministers der Großen Koalition, weitergegeben wurden. Der erste Antrag lautet vom 13. August, der letzte vom 19. September. Den letzteren hat Herr Sozialdemokrat Sollmann sogar höchst eigenhändig gezeichnet.

Racheseldzug gegen Wiederitzsch

(Eig. Bericht.) **Leipzig, 30. September.**

Gestern nacht 10 Uhr erschien in Wiederitzsch eine Abteilung Reichswehr Nr. 11 im Stahlhelm, bewaffnet mit Gewehren und Maschinengewehren, und besetzte den Ort und alle Gasthäuser. Sie hielten Passanten auf der Straße an, machten Leibesvisitation. Bei wem sie irgend etwas fanden, brachten sie auf eine Sammelstelle und stellten sie mit dem Kommando „Das Gesicht an die Wand" an die Wand. Außerdem wurden die Leute, die in Gasthäusern waren, mit dem Kommando „Hände hoch" einer Leibesvisitation unterzogen. Das Benehmen der Reichswehr gegen die Bevölkerung war unerhört. Mit Ausdrücken „Du dummes Schwein" wandte man sich gegen die Arbeiterschaft. Auf Anfrage der Inhaftierten, was mit ihnen los sei, wurde ihnen vom Kommandant geantwortet: „Sie werden das schon in der Kaserne sehen." Festgenommen wurden drei Arbeiter.

Poincaré will erst Auswirkungen sehen

In seiner Sonntagsrede erklärte er, daß die mit lautem Geschrei angekündigte Aufgabe des passiven Widerstandes seitens der deutschen Regierung nicht genüge. Es käme nicht auf die Verordnungen, sondern auf die Taten der deutschen Regierung an.

Mit anderen Worten: Poincaré verlangt die völlige willenlose Unterwerfung der Stresemann-Regierung unter sein Diktat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231001-12/fragment/page=0002

Die betrogenen Betrüger

Das „Volksblatt" zur Entwaffnung seiner Münchener Parteigenossen

Die bayrische Landespolizei des Herrn Kahr hat zusammen mit Hitler der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die letzten Waffen weggenommen, die der „Münchener Post" den notdürftigsten Schutz vor den nationalsozialistischen Banden boten. Dieses bei der Politik der Regierungssozialisten allerdings vorauszusehende Gewaltvorgehen der bayrischen Reaktion hat dem hallischen sozialdemokratischen „Volksblatt" die Angst in die Knochen gejagt. Es brüllt: „Der Skandal hebt an! Schutzlosmachung der reichstreuen Münchener Arbeiterschaft." Dazu schreibt das Blatt:

„Da die „Münchener Post" sowie das Gewerkschaftshaus ständig von den Hitlerbanden bedroht sind, **ohne von der Landespolizei auch nur den geringsten Schutz zu haben**, so ist die Bewaffnung zum Schutz gegen die Verbrecher der Nationalle durchaus verständlich. Nicht verständlich dagegen ist, daß man die Verteidigungsmaßnahmen zuverlässiger Republikaner und reichstreuer Elemente beschlagnahmt, **während man zu gleicher Zeit bewaffnete Trupps von Putschisten unbehelligt durch die Straßen marschieren läßt.** Die Diktatur Kahr wirkt sich bereits gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aus. Mit um so größerem Nachdruck verlangen wir, daß das Reich seine ganze Autorität und all seine Machtmittel einsetzt, um den bayrischen Ausnahmezustand zu beseitigen, damit die reichstreuen Elemente, die wirklich entschlossen sind, mit ihrem Leben für den Bestand der deutschen Republik einzutreten, nicht von einem fanatischen Sozialistenfresser und Antirepublikaner vergewaltigt werden. Das einseitige Vorgehen gegen „Münchener Post" und Gewerkschaftshaus ist ein Skandal, der so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden muß."

Wir Kommunisten antworten auf diesen Angstruf der reformistischen Führer nur: Elende heimgeige Betrüger und Verräter! Jawohl, in Bayern werden die faszistischen Garden auch auf Euch losgelassen. Jawohl, Hitler will auch die sozialdemokratischen Führer mit Blei und Strang ausrotten. Aber wenn wir Kommunisten bereit sind, gegen die Hitlergarden unter Einsetzung ihres Lebens zu kämpfen, so nicht für Euch sozialdemokratischen Führer, sondern für die von Euch so schmählich verratenen und verbrecherisch verkauften sozialdemokratischen Arbeiter.

Wer hat nicht nur die Bewaffnung der Arbeiter, die in den Bielefelder Punkten versprochen waren, verhindert, sondern auch proletarische Hundertschaften verboten? Sozialdemokratische Regierungsmänner! Wer hat den Belagerungszustand über das Reich verhängt, anstatt dem faszistischen Treiben in Bayern durch einen Appell an alle republikanischen Kräfte Deutschlands ein rasches Ende zu machen?

Der Sozialdemokrat Ebert und die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung!

Wer hat Geßler gestützt? Der Sozialdemokrat Ebert! Wer hat die proletarische Einheitsfront seit jeher verhindert und sabotiert? Die reformistischen sozialdemokratischen Führer!

Und nun kommt ein „Volksblatt" daher und schreibt: Fort mit Kahr! Weg mit dem bayrischen Belagerungszustand! Es appelliert an „das Reich!"! An seine Parteigenossen in der Koalitionsregierung!

Es jammert über die Entwaffnung der Münchener Sozialdemokraten!

Es ist dasselbe Blatt, das zu der erlogenen Nachricht von dem russisch-kommunistischen Waffenlager in Berlin schrieb:

„Wenn die Aufdeckung dieses Skandals den Bolschewisten von rechts den Vorwand bieten sollte, ihre aggressiven Putschvorbereitungen, die viel gefährlicher sind und viel weiter fortgeschritten sind, als Abwehrmaßnahmen hinzustellen, so könnte sich die Arbeiterklasse dafür bei den Kommunisten bedanken. Es ist übrigens die Auffassung unserer Genossen an verantwortlichen Regierungsstellen sowohl im Reiche wie in Preußen, daß mit der gleichen Energie allen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg entgegengetreten werden muß, gleichviel ob von nationalistischer, bolschewistischer oder nationalbolschewistischer Seite."

Wir sagen dazu: Die Reaktion rüstet zum Bürgerkrieg. Nicht die Arbeiterschaft will ihn, nicht freiwillig, sondern im Drange der höchsten Not muß die Arbeiterschaft zur Abwehr rüsten. Das beweist der Fall der „Münchener Post".

Wenn aber nun Teile der Arbeiterschaft wehrlos dem blutigen Terror der Faszisten gegenüberstehen, so können sich diese verratenen und betrogenen Proletarier bei den sozialdemokratischen Denunzianten und Kommunistenhetzern bedanken.

Den sozialdemokratischen Arbeitern aber sagen wir: Macht Euch frei von der Verräterbande! Ihr seid wie wir in Existenz und Leben bedroht.

Gut, stehen wir zusammen, kämpfen wir zusammen in gemeinsamen Abwehrformationen. **Einigkeit macht stark!**

Wie der „Vorwärts" Kahr um den Bart geht

Mit faustdicken Lügen versucht der „Vorwärts" der Arbeiterschaft die Geßlersche Militärdiktatur mundgerecht zu machen. Der Ausnahmezustand im Reich sei gegen Bayern gerichtet. Das Regierungsorgan Stresemanns, „Die Zeit", kanzelt den „Vorwärts" grob ab und stellt fest, daß es gegen Sachsen geht. „Vorwärts"-Schwindel Nr. 1. Jetzt kommt er mit einer so dicken Lüge, daß es ihm schwer fällt, selbst daran zu glauben, nämlich, daß die Diktatur Kahr in Bayern gegen Hitler gerichtet sei. Das ist der „Vorwärts"-Schwindel Nr. 2.

Sehen wir zu, wie das sozialdemokratische Zentralorgan dem Kupprechtschen Statthalter Kahr um den Bart geht.

Zuerst kann selbst der „Vorwärts" nicht umhin, die Wahrheit zu erwähnen. Also riskiert er ein paar starke Worte gegen Bayern:

„Aber die Republik und die Verfassung von Weimar sind ihr (der bayrischen Regierung) verhaßt, monarchistische und nationalistische Strömungen finden bei ihr mehr Verständnis und Pflege als die Einsicht in die geschichtlich gewordenen Notwendigkeiten, nach denen sich die Politik der Reichen orientiert."

Die „Einsicht" (der Ebert-Sollmann) in „geschichtlich gewordene Notwendigkeiten", das nämlich ist die Uebertragung der Diktatur an Geßler-Seeckt, die Proklamierung eines Tod- und Zuchthausregiments gegen die Arbeiter.

Weiter im Text:

„Was insbesondere Herrn Kahr betrifft, so ist er geradezu Typ und Repräsentant der weißblauen Reaktion... Herr von Kahr glaubt sicher nicht, daß seine politische Sendung mit dem Verbot von Hitler-Versammlungen erschöpft sei. Der ehemalige bayrische Ministerpräsident, der seine Machtstellung dem Kapp-Putsch verdankte, fühlt sich zu höheren Dingen berufen. Mit den Nationalisten und Völkischen, von denen ihn einige taktische Differenzen trennen, verbindet ihn eine sichere Seelenverwandtschaft..."

Der „Vorwärts" zitiert dann noch eine Stelle der „Kreuzzeitung", die feststellt, daß Kahr nicht daran denkt, die Republik gegen Hitler zu schützen, daß vielmehr auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen beiden zu rechnen sei. Die Folgerung daraus ist: Kampf gegen Kahr, wird jeder Arbeiter denken. Nicht aber das Geßler-Organ, der „Vorwärts". Er folgert, daß Kahr gegen Hitler kämpft:

„Die Völkischen arbeiten auf diese Katastrophe hin, und eben darum hat sich die bayrische Regierung bemüßigt gesehen, von sich aus den Ausnahmezustand zu verlangen, eben darum hat sie den verzweifelten Versuch unternommen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, indem sie gerade Herrn von Kahr zum Generalstaatskommissar ernannte... Nein, der Ausnahmezustand ist in Bayern nicht wegen der „Jüdisch-Internationalen", sondern wegen der „Christlich-Germanischen" verhängt worden..."

Es geht doch nichts über die Konsequenz! Warum sollen die sozialdemokratischen Führer Arm in Arm mit Geßler und Seeckt marschieren, warum nicht mit Kahr?

Die Frage ist, ob Kahr der Partner der Ebert und Konsorten sein will. Da droht ihm der „Vorwärts" mit dem General Lossow, demselben Lossow, der sich als erster der Diktatur Kahr untergeordnet hat, der selbst ein ausgehaltener Separatist ist. Der „Vorwärts" hat Kahr schon in der Tasche und schreibt:

„Es hat sich in den letzten Tagen in Bayern das Spiel vom Teufel und Beelzebub wiederholt, und es hat zweimal erstaunte Gesichter gegeben! Das erstemal bei Hitler, als er erfuhr, daß Herr von Kahr als Generalstaatskommissar gegen ihn eingesetzt sei, das zweitemal aber bei Herrn von Kahr selbst, als er die Mitteilung erhielt, daß der Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt und General von Lossow zum Militärbefehlshaber in Bayern eingesetzt sei."

Kahr wird erstaunt gewesen sein über die Tölpelei der Ebert und Genossen, die ihm durch so etwas imponieren wollten. Er wird sich die Hände gerieben haben, wie sie ihm so in die Hände gearbeitet haben.

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu der Haltung des „Vorwärts" Kahr gegenüber? Dem Kahr, der seine vaterländischen Verbände, deren Vorsitzender er ist, ein offen faszistisches Programm hat annehmen lassen, der den sozialdemokratischen Selbstschutz in Bayern verbieten will!

Wollen sie zusehen, wie die Ebert und Konsorten mit Geßler und Seeckt, mit Kahr, und also auch mit Hitler gegen Sachsen marschieren werden?

Hier müssen sie klare Haltung einnehmen.

Noch werden sie geduldet!

Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung" vom Sonnabendabend soll die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft im Reichstag entschlossen sein, eine rein bürgerliche Regierung zu bilden und die Sozialdemokraten auszuschließen.

Der „Vorwärts" vom Sonntag protestiert erregt gegen diese Falschmeldungen, daß die bürgerlichen Parteien nicht daran denken, die Sozialdemokraten aus der Regierung zu entfernen.

In der Tat werden die Sozialdemokraten noch einige Tage geduldet werden, bis die Militärdiktatur stark genug ist, um sie brutal aus der Regierung hinauszuwerfen und den Weißen Schrecken über ganz Deutschland aufzurichten.

Die USPD. stimmt dem Offenen Brief zu

Die Parteileitung der USPD. hat auf den „Offenen Brief" der Zentrale der KPD. mit der Zustimmung zur Durchführung gemeinsamer Aktionen geantwortet.

Die Parteileitung der USPD. beschwert sich, daß wir sie der Unterstützung der Regierung Cuno beschuldigen. Aus dem Wortlaut des Offenen Briefes der KPD. geht hervor, daß nur durch ein Verkehen hier die USPD. mit MSPD., ADGB. in eine Linie gestellt ist.

Auf die Beschuldigung der USPD., die KPD. hätte durch Unterstützung des passiven Widerstandes gegen den französischen Imperialismus die heutige Katastrophe mit verschuldet, erübrigt es sich, einzugehen.

Mit dem Rezept der USPD. wäre nicht nur dem französischen Imperialismus geholfen, sondern auch die Kampfkraft gegen die eigene deutsche Bourgeoisie untergraben worden.

Verschärfung des französischen Terrors im Westen

Die Beamten und Staatsarbeiter sollen auf der Strecke bleiben

(WTB.) Wie dem „LA." aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, fanden am Freitag, Sonnabend und Sonntag unter dem Vorsitz des Leiters zwischen den Spitzenorganisationen der Eisenbahnergewerkschaften und der alliierten Eisenbahnregie Verhandlungen über die Frage der Wiederaufnahme des Verkehrs im besetzten Gebiet statt. Von deutscher Seite durften nur Fragen gestellt werden. Die Regie will die deutschen Eisenbahner nur unter folgenden Bedingungen wieder zu dem Betrieb zulassen: 1. Die deutschen Beamten werden auf die Alliierten vereidigt. 2. Es werden nur noch solche Beamte eingestellt, die am Ort ihrer Tätigkeit geboren sind. 3. Aeltere Leute sind von der Wiedereinstellung überhaupt ausgeschlossen. Es kommen nur jüngere in Frage. 4. Die ausgewiesenen Beamten werden nicht wieder eingestellt, sondern die Ausweisungen aufrechterhalten. 5. Insgesamt darf nur ein Drittel des bisherigen deutschen Beamtenbestandes wieder eingestellt werden.

(WTB.) Essen, 29. September.

Auf der Zeche Dorstfeld, die bekanntlich in französische Regie gekommen ist, haben die Vertreter der französischen Ingenieurkommission Verhandlungen mit den Arbeitern zwecks Wiederaufnahme der Arbeit geführt. Die Verhandlungen zerschlugen sich an der französischen Bedingung, die Betriebsführerposten neu, und zwar mit französischen Ingenieuroffizieren zu besetzen.

Arbeiter verhindern in Bremen einen Stahlhelmaufmarsch

(Eigene Meldung.) Bremen, 1. Oktober.

Die für Sonntag angesetzte Stahlhelmkundgebung ist durch einen Gegenaufruf der KPD. zu einer Niederlage der Stahlhelmleute geworden. Der Militärbefehlshaber war gezwungen, die Faszistenkundgebung zu verbieten. Die Arbeiterschaft hatte sich trotz der Sabotage der MSPD.-Führer massenhaft am Bahnhof versammelt und erwartete die Stahlhelmleute. Der Polizeisenator hielt die grüne Polizei bereit, konnte sie aber nicht einsetzen. Die Fahnenweihe des Stahlhelms fand in der Kirche statt und verlief kläglich. Der ganze Sonntag stand unter dem Zeichen der Massendemonstration der Arbeiterschaft.

Freie Bahn dem Wucher!

Dresden, 30. September.

Unterm 29. hat der Generalleutnant Müller als Befehlshaber des Wehrkreises 4 folgende Verordnung erlassen:

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verordne ich folgendes:

1. Alle Kontrollausschüsse und ähnlichen Organisationen, die den Zweck haben, Einflüsse auf die Preisgestaltung und die Verteilung von Lebensmitteln zu nehmen, werden hierdurch, soweit sie nicht behördlich genehmigt sind, verboten.

2. Die eigenmächtige Wegnahme von Vieh, Feld- und Gartenfrüchten, von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugnissen, ebenso die eigenmächtige Wegnahme von Lebensmitteln aus Läden, Verkaufsstellen und Vorratskammern wird verboten.

3. Zuwiderhandlungen oder der Anreiz oder die Aufforderung zu Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften unter 1 und 2 werden, soweit nicht in besonderen Fällen die einschlägigen Strafgesetze höhere Strafen androhen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 Goldmark bestraft.

*

Generalleutnant Müller verbietet alle Kontrollausschüsse, soweit sie nicht „behördlich genehmigt" sind. In Sachsen sind die Kontrollausschüsse anerkannt. In den preußischen Teilen des Wehrkreisgebietes aber wird die Kreiskontrolle von den famosen „Preisprüfungsstellen" ausgeübt, die die Lebensmittelwucherer gewähren lassen. Generalleutnant Müller verbietet die proletarischen Kontrollausschüsse, die Druck hinter die Preisprüfungsstellen setzen, die zum Zwecke der Preistreiberei vom Markte zurückgehaltenen Lebensmittellager aufpürten und mit Hilfe der Wucherpolizei dem Verkauf zuführten. Das verhindert nun die Verordnung des Wehrkreiskommandos im Namen der „öffentlichen Ruhe und Ordnung". Der Lebensmittelwucher bekommt damit freie Bahn, was sich in den nächsten Tagen in sprunghaften Steigerungen der Preise bei weiterer Verknappung der Lebensmittel in den Läden auswirken wird. Wenn die Schlangen der beim Verkauf anstehenden Hausfrauen noch größer werden, dann haben das die Frauen der Verordnung des Wehrkreiskommandos und vor allem den Sozialdemokraten in der Reichsregierung zu verdanken, die die Verhängung des Ausnahmezustandes zugelassen haben.

Die Dividenden der Zuckerwucherer

Für die zweite Hälfte der Woche vom 23. bis 29. September kostet der Doppelzentner Zucker 1 922 000 000 Mk. Neben der Zuckersteuer, die eines der wichtigsten Rährmittel für Papiermark unerschwinglich macht, ist es in erster Linie der Riesengewinn der Zuckerkattionäre, die die Preissprünge verursacht.

Die Zuckerfabrik Fröbeln, A.-G., setzte ihre Dividende auf **1500 Prozent** fest. In der Generalversammlung wurden bei der Besprechung des Geschäftsberichts von einem Großaktionär zwar die Erfolge der Verwaltung sowie die Höhe der auszuzahlenden Dividende durchaus anerkannt, aber bemängelt, daß die Dividende nicht wertbeständig angelegt worden sei. Daraufhin wurde beschlossen, die bestehenden Vorzugsaktien in Stammaktien mit Gewinnberechtigung umzuwandeln. — Die Herren Aktionäre dürfen also nur ihre Wünsche äußern und sofort werden sie bewilligt. Wie ist es aber, wenn die Arbeiter Forderungen stellen?

Die Aktion der rheinischen Sonderbündler

Französische Truppen entwaffnen die Schupo — Tote und Verwundete

WTB. Düsseldorf, 30. September.

Nach einem bis in die Nachmittagsstunden ruhig verlaufenen Sonntag kam es zu Zusammenstößen, als schwerbewaffnete Sonderbündlertrupps die Polizei angriffen. Es gelang der Polizei, die Sonderbündler auseinanderzutreiben bis die Franzosen auf Verlangen der Sonderbündler mit Kavallerie und Panzerautos eingriffen und die Polizei umzingelten und entwaffneten. Die Sonderbündler überfielen die entwaffneten Polizeibeamten, mißhandelten sie und schossen einen Polizisten nieder. Die Reste der Schutzpolizei im Polizeigebäude wurden von den Franzosen ebenfalls entwaffnet und von den Sonderbündlern unmenschlich mißhandelt. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten ließ sich bisher nicht feststellen. Vier Polizisten und zwölf Sonderbündler sollen getötet sein. Eine große Anzahl Schwer- und Leichtverwundeter wurden in die Krankenhäuser eingeliefert. Die Franzosen verhafteten den Polizeidezernenten. Starke französische Patrouillen durchziehen die Stadt.

WTB. Düsseldorf, 1. Oktober.

Vor den bereits gemeldeten blutigen Zusammenstößen zwischen den demonstrierenden Sonderbündlern und der Schutzpolizei hatten sich bereits andere ebenfalls von den Separatisten provozierte Zwischenfälle zugetragen. Die Sonderbündler, die in verschiedenen Sonderzügen der französisch-belgischen Regie aus Aachen, M.-Gladbach und Köln eingetroffen waren, formierten nach einer Ansprache einen aus etwa 10 000 Köpfen bestehenden Zug, darunter bewaffnete Stoßtrupps von etwa 2000 Mann. In der Königsallee wurden von den Teilnehmern des Zuges sechs Beamten der blauen Ordnungspolizei die Säbel abgenommen und zerbrochen. Am Hindenburgwall wurden zwei weitere angehalten und der eine zu Boden geschlagen. Zum Schutze dieser Polizisten rückten grüne Schupoleute heran. Wie von Augenzeugen festgestellt, ist von Sonderbündlern geschossen worden. Die Schupoleute, die darauf das Feuer erwiderten, schossen zunächst in die Luft. Als jedoch einer der Ihren von einer Kugel getroffen niederstürzte, feuerten sie in die angreifende Menge und räumten den Hindenburgwall in wenigen Minuten. Auf Veranlassung der Sonderbündler kam es nunmehr zu dem bereits gemeldeten Eingreifen der Franzosen. Die Düsseldorfer Bürgerschaft hatte sich an den ganzen Vorgängen nicht beteiligt, sondern war entsprechend der Parole der Parteien und Gewerkschaften, nahezu restlos von den Straßen ferngeblieben. Gastwirtschaften, Kinos und Theater waren geschlossen. Die Straßen lagen schon von 10 Uhr vormittags an still da.

Die ersten Betriebszellenzeitungen in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 1. Oktober.

Während der Werbewoche sind in einigen Berliner Betrieben zum erstenmal handschriftlich hergestellte Zeitungen der kommunistischen Betriebszellen erschienen. So hat die Betriebszelle der Firma AEG.-Turbine in Moabit einige Dutzend Exemplare ihrer ersten Zeitung verbreitet, die im Betriebe das größte Aufsehen erregte. Die Zeitung wies auf eine wichtige Betriebsversammlung hin und forderte zur Unterstützung der Arbeit der kommunistischen Betriebszelle auf. Ein Protest gegen das Verbot der „Roten Fahne", des am meisten in Berlin gelesenen Arbeiterblattes, ein Hinweis auf die gewaltsame Verhinderung der Betriebsrätevollversammlung mit drei Schupohundertschaften und ein satirisches Bild zur Pressepropaganda vervollständigten den Inhalt dieser ersten Betriebszellen-Zeitung, die natürlich nur einen tastenden Versuch darstellt. Aber schon der Erfolg des Versuches zeigt, das hier ein Weg beschritten wurde, der zu weiterem Verlauf die größten Erfolge verspricht.

Eine Betriebszellenzeitung der Mittel- und Kleinbetriebe des Stockgewerbes zeigt bereits eine sehr große Geschicklichkeit unserer Betriebszellen, die natürlich in diesen kleineren Betrieben, branchenweise zusammengefaßt sind. Der Anschlag dieser Zellenzeitung, welche verschiedene Mißstände, unter denen die Stockarbeiter zu leiden haben, scharf kritisierte, fand den größten Beifall unter den Arbeitern dieser kleineren Betriebe.

Wenn die Arbeiterschaft in den Betrieben sich eigene Sprachorgane für ihre Betriebsangelegenheiten schafft, die natürlich niemals Konkurrenzorgane der revolutionären Tagespresse sein können, sondern im Gegenteil diese im stärksten Maße unterstützen müssen, so bedeutet das einen großen Fortschritt der revolutionären Arbeiterbewegung, deren Stärke im Betriebe liegt.

Ausland

Die Krise des Faszismus

WTB. Rom, 29. September. Das Generalsekretariat der faszistischen Partei ist zurückgetreten. Daraufhin hat Mussolini die Demission aller Mitglieder des Exekutivkomitees der Partei verlangt.

Streikwelle in Oesterreich

(E. B.) Wien, 28. September.

Die Teuerung zwingt die Arbeiterschaft zu neuen Lohnforderungen. Nach einer gewissen Ruhepause ist eine neue Streikwelle zu verzeichnen. In Wien streiken die Bekleidungsarbeiter und Chauffeure. In den Theatern wird passive Resistenz geübt. Im Burgenland streiken die Gemeindesekretäre und auch die Staatsangestellten stehen vor einer neuen Lohnbewegung.

Kommunistenverfolgungen der Schweiz. Der Genosse Kreibich aus Prag, der sich in der Schweiz aufhielt, ist von den Schweizer Behörden ausgewiesen worden.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231001-12/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Arbeiter, Parteigenossen!

Durch das Reichskomitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland war im Bezirk Halle-Merseburg die Veranstaltung einer Filmtournee organisiert, die in der Zeit vom 1. bis 25. Oktober stattfinden sollte und folgendes Programm hatte:

1. Eines Sowjetgesandten letzte Fahrt (Worowskis Beerdigung).
2. Völkermai (Bilder vom 1. Mai aus allen Ländern).
3. Die Freimaurer (Intigenspiel vom Hofe Katharinas der Großen).

Den deutschen republikanischen Filmbehörden ist der Charakter dieser Filme zu revolutionär. Sie haben in letzter Stunde das Verbot ausgesprochen, so daß die Aufführung leider nicht stattfinden kann. Der Kartenverkauf hat bereits begonnen. Heute abend sollte die Vorführung bereits in Piesteritz, am Dienstag in Wittenberg und fortlaufend in anderen Orten stattfinden. Durch die Maßnahmen der Filmzensur ist nun die Vorführung unmöglich geworden.

Arbeiter! Parteigenossen! Wir richten an Euch den Appell, auf die Rückzahlung der bereits gezahlten Eintrittspreise zugunsten des Kinderheims in Smolinow (Rußland) zu verzichten. Diejenigen aber, die das Geld zurückerstattet haben wollen, ersuchen wir, sich zu melden bei dem Genossen, der die Karte verkauft hat. Rückzahlung erfolgt bis zum zweiten Tag nach dem angesetzten Vorstellungstage.

Uebt praktische Solidarität!

Die Bezirksleitung der KPD., Bezirk Halle-Merseburg.

Unter dem Belagerungszustand!

Die VSPD. mit der Militärdiktatur einverstanden!

Das Unglaubliche ist Tatsache geworden: **In Deutschland herrschen jetzt die Generale!** Just wie in Spanien, wo jüngst der Faszismus sein Haupt erhoben und nun auf den Bajonetten sitzt. Das Militär übt die vollziehende Gewalt aus, die ihm vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert übertragen worden ist. Geßler ist militärischer Diktator. Derselbe Geßler, von dem das hallische „Volksblatt", als die Kommunisten und die linke VSPD. seinen Rücktritt forderten, schrieb, er gehe ja schon, „sobald ein Nachfolger für ihn da sei!" Und nun hat das Kabinett einstimmig Geßler zum militärischen Diktator ernannt! Die sozialdemokratischen Minister waren also mit einverstanden! Damit hat Geßler über Zeigner gesiegt. Die Reaktion kann triumphieren, denn unter Geßlers Regime hat die Reaktion auch die Reichswehr zu einem ihrer Instrumente machen können.

Die Arbeiterschaft wird nun, fast zu spät, einsehen müssen, wie sie von der VSPD. verraten und verkauft worden ist. Ihr sind nun die Hände gebunden. Umzüge und Versammlungen, letztere auch in geschlossenen Räumen, sind verboten. Die sozialdemokratischen Zeitungen haben an der neuesten Militärdiktatur in Deutschland nichts zu bemerken. Ja, sie sind damit einverstanden. Ob es wohl noch eine größere Schamlosigkeit gibt? Wird es den Arbeitern, insbesondere auch den sozialdemokratischen, jetzt nicht wie Schuppen von den Augen fallen? Sehen sie nicht, wohin der Karren fährt? Eine tiefgehende Erregung ist jetzt bereits, wenige Stunden nach Einführung der Militärdiktatur, unter den Arbeitern zu bemerken. Wird sie dahin führen, das kaudinische Joch schleunigst wieder abzustreifen?

*

Versammlungsfreiheit unter dem Belagerungszustand

Der sozialdemokratische Polizeipräsident in Magdeburg vom Reichswehrkommandanten an die Wand gequetscht.

Ein interessanter Streitfall über die Handhabung der „Versammlungsfreiheit" ist in Magdeburg zu verzeichnen. Dort hat der sozialdemokratische Polizeipräsident am Sonnabend folgenden Ukas erlassen:

Einstweilen keine Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Die Versammlungsfreiheit wird zunächst auch durch die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten betr. die Uebertragung der vollziehenden Gewalt an den Reichswehrminister nicht berührt, soweit es sich um Versammlungen wirtschaftlicher, beruflicher und nicht politischer Art handelt. Dagegen werden politische Versammlungen, gleichgültig, ob öffentliche oder geschlossene, vom Polizeipräsidenten verboten werden, wenn begründete Vermutung dafür besteht, daß sie sich gegen den Staat, das Reich oder gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten oder gegen das Gesetz zum Schutze der Republik richten. Eine Anmeldepflicht besteht zunächst nicht; den Veranstaltern von politischen Versammlungen ist aber zu empfehlen, vorher Anzeige bei der Polizei zu erstatten.

Darauf antwortet nun am Sonntag der Reichswehrkommandant von Magdeburg, Oberst Meye, wie folgt:

Beschränkung der Versammlungsfreiheit.

Für die Dauer des militärischen Ausnahmezustandes **habe ich das Recht,** im Auftrage des Befehlshabers im Wehrkreise 4 für das Gebiet der Provinz Sachsen (ohne Regierungsbezirk Erfurt, jedoch einschl. Braunschweig, Landesteil Kalbörde) zur Abhaltung von politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen die Genehmigung zu erteilen. Ich ersuche, etwaige Anträge an die Kommandantur Magdeburg, Turmschanzenstraße 21, zu richten und mache darauf aufmerksam, daß Abhaltung von Versammlungen oder Umzügen unter freiem Himmel in jedem Falle sowie politische Versammlungen in geschlossenen Räumen ohne Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden.

Was wird nun der Polizeipräsident tun? Wird es Krieg geben zwischen Schupo und Reichswehr? Merken denn nun auch die Sozialdemokraten, daß sie vom Militär völlig ausgeschaltet sind? Ihre Schuld an dem jetzigen Zustand ist riesengroß. Wenn sie jetzt nicht schleunigst dafür sorgen, daß der „Ausnahmezustand" wieder verschwindet, werden die in der VSPD. organisierten Arbeiter in Scharen die Partei verlassen. Und das mit Recht!

Ramsin. Gestohlen durch Einbruch wurden einem schwerbeschädigten Arbeiter dieser Tage zwei Ziegen und acht Kaninchen aus dem Stalle. Der Täter hat die Tiere gleich in der Nähe abgeschlachtet. Es ist eine Gemeinheit, wenn Arbeiter in solcher Weise geschädigt werden. Bei dem Betreffenden ist dies in diesem Jahre schon der zweite Einbruch.

Schkölna. Verkappter Stahlhelmtrummel. Wie an anderen Orten, so versuchen die Fazisten auch in unserem Orte Fuß zu fassen, und dazu benutzen die großmäuligen Helden die Kriegervereine. Am Sonntag, dem 16. September, fand hier eine Delegiertenversammlung der Kriegervereine des Kreises Bitterfeld statt. Anschließend sollte ein Vergnügen dieser tapferen Frontsoldaten abgehalten werden. Damit nun aber keine ungebetene Gestalt mit hineinhuschen konnte, wurden die Einladungen mündlich oder ganz heimlich erst einige Stunden vor diesem Kriegerfeste vorgenommen. Aber der Plan, die Arbeiterschaft zu überraschen, mißglückte insofern, weil die Arbeiterschaft sich nicht mehr in dem großen Schlummer befindet, worin sie von verschiedenen Leuten vermutet wird. Der Häuptling dieser Helden zog wie immer den besseren Teil der Tapferkeit vor und bestellte schnell wieder ab, um sich der Blamage seiner auswärtigen Kameraden zu entziehen. Als am Mittag zwei Wagen des Rittergutes Schköna fürstlich geschmückt nach Gräfenhainichen fuhren, um zirka 40 Ritter von der Bahn abzuholen, war den Stahlhelmerichen der Kamm geschwollen, und ihre Augen strahlten vor innerlicher Freude. „Den Kommunisten wollen wir heute zeigen, daß es auch noch treudeutsche Männer gibt!" Und die Rückkehr? O Graus, auf jedem Wagen 4 (in Worten vier) Männecken! Aber trotzdem hatten die Pferde ihre Last, weil verschiedene Leutchen einen ziemlichen Klemmverleden mitgebracht hatten, den sie sich vor dem Dorfe auf die Brust hingen. Andere wieder kamen aus Richtung Crina und hatten einen gewaltigen Kohldampf mitgebracht, denn sie mußten erst von den Pflaumenbäumen, welche von Arbeitern gepachtet und teuer bezahlt worden sind, ihren Hunger stillen. Stand das auch mit im Programm? Nachmittags, als unser Radfahrerverein zum Dorfe hinauszog unter dem Gesang der Internationale, ist gehört worden, wie einer von diesem monarchistischen Geschmeiß sagte: „Die traurigen Jammergestalten!" Sie können von Glück reden, daß dieser Ausspruch von unsern Radfahrern überhört worden ist, sonst würden sie mit diesen Leuten abgerechnet haben. Die Mitglieder des hiesigen Kriegervereins, welcher zu 99½ Prozent aus Arbeitern besteht, scheinen die Gefahr dieser Gebilde erkannt zu haben, bis auf einige; das sind aber dafür „überzeugte Sozialdemokraten". Ein VSPD.-Mann nahm sogar die Dekoration dieser Wagen vor und war stolz darauf, endlich einmal wieder eine Arbeit geleistet zu haben. „Mit Gott für König und Vaterland!" Es muß leider festgestellt werden, daß, nachdem sich einige Anspänner des Rittergutes weigerten, nach der Bahn zu fahren, ein Arbeiter sich freiwillig in den Dienst dieser Sache stellte. Er wurde dafür auch fürstlich belohnt. Vielleicht zieht er daraus seine Lehren. Arbeiter, setzt auf der Hut und erkennt die Gefahr, die Euch droht. Der letzte Kampf hat bewiesen, daß die Arbeiterschaft eine Macht darstellt, wenn sie geschlossen dasteht.

Eilenburg. Kartoffelversorgung. Der Magistrat gibt bekannt: Der Kreislandbund des Kreises Delitzsch hat sich bereit erklärt, auch in diesem Jahre die Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen. Jeder versorgungsberechtigten Person können im Höchstfalle 3 Zentner geliefert werden. Haushaltungen, welche eigenes oder gepachtetes Land bewirtschaften, haben keinen Anspruch auf Belieferung, ebenso können für gewerbliche Zwecke Kartoffeln nicht geliefert werden. Die Ausgabe der Kartoffelbezugscheine findet von Dienstag, den 2. Oktober, bis Sonnabend, den 6. Oktober, in der Reihenfolge der Butterabholung im Nahrungsmittelamt statt. Lebensmittelkarten sind vorzulegen. Die Anzahl der gewünschten Zentner ist anzugeben. Die Bezugscheine sind an die zur Belieferung zugelassenen Stellen (Fabrikbetriebe, Gewerkschaften, Handel- und Gewerbevereinigung, Konsumverein) abzuliefern, die sie unter Beifügung einer Liste der Antragsteller bis 10. Oktober an die Geschäftsstelle des Landbundes abzuliefern haben. Die Geschäftsstelle wird dann mit den Lieferanten vermitteln. Eine Preisfestsetzung ist bisher nicht erfolgt. Bedürftige Einwohner werden ebenso wie im Vorjahre auf Vorschlag der zuständigen Bezirkskommissionen später unentgeltlich Kartoffeln überwiesen erhalten.

Magdeburg. Genosse Thomas aus der Haft entlassen! Wie uns gemeldet wird, ist Genosse Thomas aus Calbe, der im August anläßlich des Landarbeiterstreiks verhaftet worden war, aus der Haft entlassen worden. Die Verhaftung war ein reiner Willkürakt, der damit, daß Thomas wieder entlassen wurde, nicht aus der Welt geschafft ist. Wir erwarten, daß diejenigen, die die Verhaftung veranlaßt haben, zur Verantwortung gezogen werden.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen und Betriebszellen der Kommunistischen Jugend!

Oktoberbeiträge an die Unterbezirksleitung

Ueber 18 Jahre	6 000 000 Mk.
unter 18 Jahren	2 000 000 „
Arbeitslose	250 000 „

Jede Ortsgruppe und jede Betriebszelle hat bis zum Letzten jeden Monats abzurechnen; wer später abrechnet, hat die neue Beitragssätze zu zahlen. Die Unterbezirksleitungen haben bis zum 8. des Monats an die Bezirksleitung abzurechnen.

Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend.

Postbezieher!

Wir bitten, auf der beigelegten Zahlkarte uns den Abonnements-Differenzbetrag von 15 000 000 Mk. umgehend zu überweisen. Verlag Klassenkampf.

Wer den „Klassenkampf" in dieser Woche regelmäßig erhalten will, zahle sofort die fälligen 25 Mill. Mk.

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Kerchenfeldstr. 14. Fernruf 1470. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Oberbezirk „Süd". Dienstag, 2. Oktober, abends 8 Uhr, in Schnabels Restaurant: Oeffentliche Frauen-Versammlung. Thema: Wie kann die Not der proletarischen Frauen verhindert werden. Referentin: Genossin Krüger.

Astronomen. Dienstag, 2. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Sitzung. Der wichtigen Tagesordnung halber muß alles erscheinen.

Literaturobleute der Betriebe. Heute, Montag, gleich nach Arbeitsschluß, ist auf dem Ortsbureau wichtiges Material abzuholen.

Diktrift 8. Heute, Montag, abend 7½ Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Besprechung. Alles hat zu erscheinen.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Stoltzsport), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Kreis Bitterfeld

Greppin. Montag, 1. Okt., abends ½8 Uhr, im Gasthof Schmidt: Diskussionsabend.

Zörbig. Dienstag, 2. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schloßgarten": Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Baumgärtel, Halle.

Alle Ortsgruppen der KPD.

die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu Drucksachen benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Allgem. Ortskrankenkasse des Saalkreises.

Auf die bisherige Lohnstufeneinteilung (Bekanntmachung vom 20. v. M.) sind folgende Lohnstufen aufgebaut:

Stufe	Tagesentgelt einschließl. Sachbezüge in Millionen Mark	Grundlohn in Million. Mark	Wochenbeitrag in Tausend Mark	Tägliches Krankengeld in Million. Mark
52	über 110 bis 145	130	81 900	65
53	„ 145 „ 175	160	100 800	80
54	„ 175 „ 225	200	126 000	100
55	„ 225 „ 275	250	157 500	125
56	„ 275 „ 330	300	189 000	150
57	„ 330 „ 390	360	226 800	180
58	„ 390	420	264 600	210

Die Stufen 52 bis 54 sind vom 30. Sept. in Kraft getreten. Die Barleistungen werden nach Ablauf von 14 Tagen gewährt. Die Inkraftsetzung der Stufen 55 bis 58 wird später bekanntgemacht.

Eine besondere Mitteilung erhalten die Herren Arbeitgeber nicht.

Halle a. d. S., den 1. Oktober 1923. 4057

Der Vorstand. O. Keltsch, Vorsitzender.

Hiermit bestelle ich vom .....: den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", die Beilagen: „Kämpfende Jugend", „Die kommunistische Frau" u. „Befreites Land".

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

UT Leipziger Straße 88
Lya Mara
Erich Kaiser-Titz
in dem Filmwerk 10 Akte 10 Akte
Das Mädel von Picadilly.
1. Teil: **Die Brett's-Lady**
2. Teil: **Eine lustige Verbrecherjagd.**
Beide Teile in ein. Vorstellung.
Beginn: 4 Uhr.

WT Walhalla-Lichtspiel-Theater
Der Film, der bei seiner Erstaufführung Riesenerfolg erzielte:
Taifun.
7 spannende Akte.
Fix und Fax als Autoschieber
2 Akte. 4059
Beginn: 4 Uhr.

UT Alte Promenade 11a
Die Sonne v. St. Moritz
Spielfilm n. dem bekannten Ullstein-Roman v. P. Dec.
Höcker mit **Hedda Vernon Hans Niemann.**
Die Ruhrschande
Ein Film aus dem Ruhrgebiet.
Beginn: 4 Uhr

3 Könige
Reklame-Programm
Gastspiele Deutschlands best. Kabarettkräfte
Dienstag: **Kabarett u. Tanz**
Damen 4060
Eintritt frei.

Stadt-Theater
Dienstag, [4056 abends 7½ Uhr:
Zigeunerliebe.
Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Der Freischütz.

Modern. Theater
Abends 8 Uhr:
Gastspiel
des best. Komikers
Paul Beckers
und des Damenvorstellers Fritz Thurm-Sylvard i. d. Jakt. Burleske
Die Hamburg. Filiale
v. Kranz u. Neu.
Lachen! Lachen! Lachen ohne Ende
Vorverk. 11—1 U.

Von heute nachmittag 4 Uhr an steht ein Transport billiger
Ferkel, sowie **Läufer- u. Futterschweine**
in größter Auswahl zum Verkauf. Nehme auch Getreide und Kartoffeln in Zahlung.
4054 **H. Richter,**
Trothaer Str. 80. Telephon 3752.

274 **Kade-Litöre**
Spez.: **Kadedickiner**
Moritz Kade Nachf.
Charlottenstr. 11.
Tel. 2359.

In größter Auswahl und zu billigsten Preis, stehen fortwährend prima hannov.
Ferkel, Läufer- u. gr. Futterschweine
zum Verkauf. Nehme auch Getreide und Kartoffeln mit in Zahlung. 4058
O. Bruchhardt,
Trothaer Str. 4. Telephon 3569.

Am schwarzen Brett: Mietzuschläge für Oktober. Hospitalstatut.
*525 **Magistrat Delitzsch.**

Spendet für den Kampffonds

Die Beleidigungen gegen Frau Wettig, Weymar, nehme wir zurück und erklären sie als ehrliche Frau
G. Siegmeier.
H. Lippold. *524

Dieses Frau Paula Keller ausgesprochene Beleidigung nehme hiermit zurück. 4055
Beesenlaubtingen, den 25. Sept. 1923.
Max Steinbach, Postschaffner.

Das Reichsmietengesetz,
herausgegeben vom **Bund Deutscher Mietervereine,**
gemeinverständl. erläuterte Textausgabe.
Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentralbuchhandlg.,
Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14.

An unsere Inserenten!
Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. **Verlag Klassenkampf.**

Bezirks-Zentral-Buchhandlung
Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.
Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44. Tel. 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Breiter Weg 8. Zeitz, Liebknechtstr. 4. Weißenfels, Dammstr. 18. Wittenberg, Jüttenstraße 11. Bitterfeld, Burgstr. 41. Bernburg, Volkshaus.
Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstr. 4.
Postscheckkonto: Leipzig 106848 (Fritz Krob, Halle).
Schlußzahlen: Viva **10 000 000;** B.-W. **35 000 000.**

Partei-Literatur. Neu erschienen:

Arbeiter-Wanderkalender 1924	3,00 M.
Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution	—,20 M.
Parteitags-Protokoll Leipzig 1923 bt. 3,50, gbd.	4,50 M.
Protokoll des IV. Weltkongresses 1923	4,50 M.
Schlegeter: Eine Auseinandersetzung	—,25 M.
Elementarbücher des Kommunismus:	
Marx, Engels: Kommunistisches Manifest	—,80 M.
Marx: Lohn, Preis und Profit	—,80 M.
Lassalle: Verfassungswesen	1,— M.
Greiling: Marxismus und Sozialisierungstheorie bt. 2.—	gebd. 3,— M.
Sowjetstern oder Hakenkreuz?	—,30 M.
§ 218. Unter der Peitsche des Abtreibungsparagraphen	—,35 M.
Resnikoff: Die Lage des russischen Arbeiters	—,30 M.
Radek: Kampf der KP. gegen Versailles	—,40 M.
Lapinski: Die Besetzung des Ruhrgebiets u. der Zerfall Europas	—,60 M.
Losowski: Die nächsten Aufgaben der Roten Gewerkschaftsinternationale	—,30 M.
Tomski: Der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung in Rußland	—,20 M.
Aufstandsaufruf: Kampf und Sieg der russischen See- und Binnenschiffer	1,20 M.
Rote Gewerkschafts-Internationale 19/3, Nr. 5/6	3,— M.
Kommunistische Internationale, Nr. 27	2,— M.

Zeitschriften:

Das Hakenkreuz Nr. 2	1000 000,00
Sichel und Hammer Nr. 11	2 000 000,00
Kommunistischer Gewerkschafter Nr. 19	800 000,00
Kommunistin Nr. 18	300 000,00
Internationale Nr. 17	3 000 000,00
Junge Garde Nr. 2	120 000,00
Parteiarbeiter Nr. 11	600 000,00

Andere Literatur:

Guilbeaux, Lenin billige Ausgabe	2,60 M.
„ kartoniert, bessere Ausgabe	3,60 M.
„ gebunden, bessere Ausgabe	5,— M.
Kropotkin: Ethik	2,50 M.
Hilferding: Finanzkapital	15,00 M.

„Kampflieder" zurzeit vergriffen.

Die Rechnungen müssen zur gegebenen Frist bezahlt sein, weil sonst unsere Buchhandlung schwer geschädigt wird. Sie muß sonst die Rechnungen auf Grund der Schlußzahlen erhöhen.

Burghardt & Becher
Halle a. d. S., Leipziger Straße 10. 273
Emaille, Glas, Porzellan und Steingut.

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Zeitungsträger
für **Gollma-Siedersdorf** sofort gesucht.
Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden beim Genossen **Albert Better, Landsberg,** Topfmarkt.

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin
für **Röglitz** sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Fr. Lasch** melden.

Zeitungsträgerin
für **Brachwitz** gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Paul Matties,** Lagerhalter, melden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231001-12/fragment/page=0004

Klassenkampf

Halle und Saalkreis

Halle, den 1. Oktober 1923.

Gulaschkanonen gegen den Hunger

Die preußische Regierung will, im Verein mit allen, irgendwie geeigneten kommunalen und privaten Organisationen, Volksspeisungen im größeren Umfange organisieren. Das Landwirtschaftsministerium ist daran, Verordnungen für die Massenspeisung festzulegen, man will u. a. Feldküchen aufstellen und Wärmehallen einrichten. Doch sollen die dazu notwendigen Mittel erst durch private Sammlungen und freiwillige Spenden aufgebracht werden. Ein Aufruf fordert die Bevölkerung auf, Lebensmittel und Geld herbeischaffen.

Daß Haferflocken und Grießsuppen immer noch wirksamere Mittel gegen den Hunger sind als blaue Bohnen, ist eine altbekannte Tatsache. Doch vorläufig scheint die Art, wie die Massenspeisungen organisiert werden, wenig Garantien zu gewähren, daß dem Massenhunger wirklich entgegengewirkt wird. Nicht mit Aufrufen und Verordnungen werden die Mittel herbeigeschafft werden, sondern durch Beschlagnahmungen unter Mitwirkung der proletarischen Kontrollausschüsse bei den Schiebern und Großhändlern, die durch ihre Massenaufkäufe und Warenzurückhaltungen die Lebensmittelknappheit und Teuerung verschuldet haben. Die proletarischen Kontrollausschüsse werden bei der Durchführung der Massenspeisungen ein wachsames Auge haben müssen.

Was ist nun wahr?

Die deutschvölkische „Hallesche Zeitung" beschäftigt sich am Freitag in zwei Notizen wieder mit der kommunistischen Revolution in Deutschland. Nach der einen Notiz, die aus London gedrahtet wird, hat die Moskauer Partei (!!) den Antrag auf finanzielle Unterstützung an die deutsche Partei abgelehnt. Nach der anderen Notiz, die aus Berlin gedrahtet wird, ist in Berlin der bolschewistische Finanzmann Wolnikoff (?) eingetroffen, um die in Rußland eingezogenen Brillanten der Zarenfamilie und der Kirche zu verkaufen. Der Erlös soll, immer nach nach derselben Notiz, Radek zur Verfügung gestellt werden als Propagandafonds für den kommunistischen Umsturz in Deutschland.

Einmal also wird die finanzielle Unterstützung an die deutschen Kommunisten abgelehnt und ein andermal werden sogar die Kronjuwelen verkauft, damit die deutschen Kommunisten ja die befohlene Revolution machen. Es ist nur gut, daß die „Hallesche Zeitung" diese beiden Notizen selbst untereinander stellt. Wahrscheinlich soll jeder Leser gleich merken, daß es Schwindel ist. Im übrigen aber müssen wir doch einmal fragen, wie oft die Kronjuwelen der Zarenfamilie verkauft werden sollen?

Funktionärversammlung des DMV.

Die Kommunisten für die Erhaltung und den Ausbau des Metallarbeiterverbandes

Die Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte vom Metallarbeiterverband am Freitagabend beschäftigte sich zuerst mit dem finanziellen und organisatorischen Zustand in der Zahlstelle Halle. Kollege Höcker referierte. Von allen Diskussionsrednern wurde die Notwendigkeit anerkannt, die Organisation finanziell zu stärken und die indifferenten Metallarbeiter im DMV. zu organisieren. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die letzten Lohnverhandlungen haben erneut bewiesen, daß die Unternehmer bestrebt sind, die Löhne abzubauen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die geringen Rechte der Betriebsräte zu beseitigen.

Diese Pläne der Unternehmer können nur verhindert werden, wenn unverzüglich die Verwaltungsstelle finanziell und organisatorisch gefestigt und ausgebaut wird.

Funktionäre und Betriebsräte beschließen darum folgende Maßnahmen, die sofort durchzuführen sind:

1. Der Beschluß des Hauptvorstandes und des Beirates, einen Stundenverdienst als Wochenbeitrag zu zahlen, wird strikte durchgeführt und gilt auch für Kollegen, die kurz arbeiten.

2. Rückständige Beiträge müssen in der Höhe der zurzeit der Zahlung geltenden Beiträge nachgezahlt werden.

3. Die Beitragskassierer werden verpflichtet, in Zukunft jede Woche die Einkassierung der Beiträge vorzunehmen und die vereinnahmten Gelder sofort an die zuständige Stelle abzuführen.

4. In allen Betrieben der Metallindustrie ist sofort eine systematische Agitation zwecks Gewinnung der indifferenten Metallarbeiter vorzunehmen, die besonders von den Betriebsräten unterstützt werden muß.

5. Kollegen, die in anderen Gewerkschaften organisiert sind, und länger als sechs Wochen in Metallbetrieben arbeiten, sind aufzufordern, zum Metallarbeiterverband überzutreten.

Zwecks Feststellung, ob diese Beschlüsse durchgeführt werden, ist eine regelmäßige Buchkontrolle vorzunehmen, die mindestens alle vier Wochen erfolgen muß.

Funktionäre und Betriebsräte fordern die gesamte Mitgliedschaft auf, durch freiwillige Mitarbeit für die Verwirklichung dieser Beschlüsse Sorge zu tragen."

Ein achtseitiges Schreiben des Hauptvorstandes beschäftigte sich mit der Entschließung, die in der letzten Mitgliederversammlung von unserem Genossen Lehnert eingebracht wurde und die zur Sabotage der Unternehmer Stellung nimmt und als Ausweg allein die Errichtung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung bezeichnet. Natürlich hat der Hauptvorstand an dieser Entschließung sehr viel auszusetzen, was bei seiner politischen Einstellung nicht zu verwundern ist.

Dann berichtete Kollege Gröbel über die letzten Lohnverhandlungen. Die Unternehmer zeigten sich immer sehr hartnäckig und verlangten, daß der Index noch erheblich herabgesetzt werden soll. Das Endergebnis ist eine Erhöhung der Löhne um 102 Prozent, so daß für die letzte Woche ein Spitzenlohn von 22 Millionen für den über 23 Jahre alten Facharbeiter festgesetzt wurde. Für diese Lohnwoche finden neue Verhandlungen statt.

Aufgabe aller kommunistischen Metallarbeiter muß es sein, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Entschließung, die oben abgedruckt ist, in die Praxis umgesetzt wird. Es darf uns nicht der Vorwurf gemacht werden, daß die Kommunisten zu praktischer Gewerkschaftsarbeit unfähig seien.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Achtung, Bauarbeiter! Am Mittwoch, dem 3. Oktober, abends 7 Uhr, findet in der „Produktiv-Genossenschaft" eine wichtige Versammlung für alle in der Union der Hand- und Kopfarbeiter organisierten Bauarbeiter statt, in der zur Vereinigung der beiden revolutionären Bauarbeiterorganisationen (Verband der Ausgeschlossenen und der Union, Gruppe Bau) Stellung genommen werden soll.

* **Unter dem Bureaukratismus der Behörden** hat die Bevölkerung schwer zu leiden. So teilt uns ein Arbeiter mit, daß er im April vorigen Jahres von dem städtischen Gaswerk eine Gasuhr zum Preise von 408 Mk. auf Teilzahlungen erworben hat. Im ganzen sollte er 24 Teilzahlungen zu je 17 Mk. leisten. Im Februar d. J. versuchte der Arbeiter die Restzahlungen durch eine einmalige Bezahlung abzustoßen. Er hatte aber nicht mit dem Bureaukratismus dieser Behörde gerechnet. Denn die Beamten erklärten ihm, daß das schlecht gehe, viel Schreibereien und Laufereien verursache und solle schon ruhig die Teilzahlungen weiter beibehalten. Vor einigen Tagen mußte er für die Auszahlung rund 4½ Millionen Mk. bezahlen. Er hat wiederum, den Rest bezahlen zu dürfen. Aber auch jetzt wurde das Geld nicht angenommen. Es ist uns unverständlich, daß das Gaswerk es ablehnt, die Restzahlungen anzunehmen, obwohl in den Miet- und Kaufverträgen vorgesehen ist, daß Vollzahlungen geleistet werden können.

* **Eine nervöse Fleischersfrau.** Am Donnerstag wollte die Frau eines Eisenbahnbeamten bei dem Fleischermeister Grötzner, Landwehrstraße 21, ein Stückchen Fleisch kaufen. Als die Fleischersfrau bei der Käuferin einen vierjährigen Buben entdeckte, wurde sie sehr nervös und forderte die Frau auf, draußen auf der Straße zu warten, bis sie rankomme. Die Frau weigerte sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Darauf wurde sie aus dem Laden gewiesen. Am nächsten Tage ging der Eisenbahner in das Geschäft und forderte Aufklärung über die unzulässige Behandlung. Er traf den Fleischermeister an, der ebenfalls sehr erregt wurde und den Beamten beschimpfte (Ihr Eisenbahner seid mir viel zu wenig usw.). Nach einer kurzen Auseinandersetzung wurde auch der Eisenbahnbeamte aus dem Laden gewiesen. Hoffentlich merken sich die Beamten, daß dem Herrn Fleischermeister Grötzner die Beamten zu wenig sind.

* **Alle kommunistischen Radfahrer** müssen morgen, Dienstag, abends 7 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft zu einer sehr wichtigen Besprechung erscheinen. Kein Genosse darf fehlen.

* **Schlägerei.** Am Sonntagabend entstand in der Großen Ulrichstraße eine größere Schlägerei. Hierbei trug einer der Beteiligten eine klaffende Wunde am Hinterkopf davon. Die aus diesem Anlaß angesammelte große Menschenmenge wurde zerstreut.

* **Zwei Selbstmorde wieder an einem Tage.** Am Sonntagnachmittag wurde in der Berliner Straße ein Arbeiter von seinem Sohn im Gartenhäuschen erhängt aufgefunden. Das Motiv der Tat konnte nicht festgestellt werden. — Am gleichen Nachmittag verübte eine 30jährige Frau in der Lindenstraße in ihrer Wohnung Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas. Ueber den Beweggrund ist nichts bekannt.

Theater und Konzerte

Ludwig Thoma-Abend im Thaliatheater

Alle die Theaterfreunde, die am Sonntag zu spät zu dem Ludwig Thoma-Abend im Thaliatheater kamen, haben wirklich Grund, darüber ärgerlich zu sein. Ludwig Thoma's gesunder Humor, der in den zur Aufführung gebrachten Stücken: „Erster Klasse", „Die kleinen Verwandten" und „Lottchens Geburtstag" zum Ausdruck kam, hat zweifellos auch einen guten Sinn. Gelacht haben die Besucher viel — hoffentlich haben auch alle das Belachte verstanden. Vergleiche man einmal in dem Bauernschwank „Erster Klasse" die Empfehlungsrede des Kunstbänigerreisenden Stübe aus Neutuppin (Alfred Haller) gegenüber dem Kgl. bayrischen Ministerialrat von Scheibler (Alfred Darro) mit den heutigen Zuständen in Bayern — geändert hat sich nichts. Es war geradezu köstlich, wie der bemoralisierte Ministerialrat vor dem bayrischen Landtagsabgeordneten Josef Filser (Fritz Gunkel) „zusammenkuckt", als diesem plausibel gemacht wird, daß der „unanständige Fahrgast" in 1. Klasse der Abgeordnete Filser ist. Auch der Oekonom Sniesetter Glottmaier (Otto Tiedemann) spielte eine glänzende Rolle. Vielleicht wäre, wenn die beiden Oberbayern nicht ganz so „bayrisch" gesprochen hätten, der Erfolg noch größer gewesen.

„Die kleinen Verwandten" gehören keineswegs der Vergangenheit an. Wir möchten nicht wissen, wieviel Raffes von heute ihre „kleinen Verwandten" schneiden, wenn sie plötzlich zum Besuch kommen, wo ein „Geschäft abgeschlossen werden soll. In diesem Falle war das schüchternere Töchterchen des Regierungsrates an den noch schüchternen Kaufmann Schmidt das Objekt, und die Sorge der Mama Mäßier (Else Strahm-Ambrosi), daß ihr Zögerte an den Mann kommt, war erschütternd. Der Joseph Bernholzer und seine Babette (Otto Tiedemann, Hermine Siegler) spielten die „kleinen Verwandten" des Regierungsrates (Robert Förster) sehr natürlich.

Auch bei „Lottchens Geburtstag" kam ein prächtiger Humor zum Ausdruck, der dennoch sehr ernste Seiten hat. Gibt es nicht heute auch noch Spießer, selbst wenn es keine Geheimräte und Universitätsprofessoren sind, die ihre Töchter und Söhne „aufklären" wollen über Dinge, über die „nicht gern gesprochen" wird? Und der Effekt war, daß das Töchterchen (Werthel Goethe) des Universitätsprofessors Mittus (Alfred Darro) gar keiner „Aufklärung" mehr bedurfte, denn sie hatte hinter dem Rücken ihrer Eltern bereits einen Hebammenkursus absolviert. zel.

Filmnachrichten

In den Welhalla-Lichtspielen läuft ein Amerikaner „Taifun" Seeräuberromantik, dargestellt mit amerikanisch-moderner Filmtechnik. Legt wird erzielt durch Effekte. Dynamisch poltert einige ganz reizvolle Meeresstimmungen. Der Höhepunkt, eigentlich zwei Höhepunkte, der hereinbrechende Taifun in der Nacht und das Kapern des Piratenschiffes durch das amerikanische Zollboot. Alles etwas amerikanisch Mäßich-Lämmliches. Zum Schluß sentimental-kitschig, wie eben ein echter Amerikaner sein muß.

Lichtspiele, Große Ulrichstraße. „Mit Stanley im dunkelsten Afrika" zeigt auch der vierte Teil sensationsreiche Episoden. Nach amerikanischer Art ist die Situationssumme recht dick aufgetragen. Trotzdem das ganze Stück den Stempel der Romantik trägt, sind immerhin die akrobatischen Leistungen im Film recht interessant. „Er" sorgt wieder für Humor.

CZ-Lichtspiele, Mühlpforte. Der Film „Und dennoch kam das Glück" ist einer der vielen von der bürgerlichen Gesellschaft gebrauchten Kunstgriffe, die unbedingt nur zum Gähnen, aber beileibe nicht zum Nachdenken und zur Zerstörung der Kinobesucher beitragen. Der Inhalt scheint einem vorkriegsgesellschen Zehnpfennig-Romane entnommen zu sein; denn irgend welche tiefgehenden Erscheinungen sind nicht zu beachten. — Der Bühnenteil „Diana" ist eine aufheiternde Groteske, die immerhin trotz ihrer Dürftigkeit den Besuchern einige heitere Minuten verschafft. Die darstellenden Personen haben jedenfalls ihr Bestes, um das an und für sich inhaltlose Stück einigermaßen genießbar zu machen.

UZ., Leipziger Straße. „Das Mädel von Piccadilly" läßt trotz der üblichen Kinowahrscheinlichkeiten die Kluft zwischen den Klassen in Erscheinung treten. „Für uns, Leute aus der Gesellschaft, gibt es keine Gesetze ..." Die proletarische Tendenz dient natürlich meist zur Belustigung.

Antworten auf unser Preisausschreiben

Wie kann dem Mittelstand geholfen werden?

Heute muß der kleine Gewerbetreibende, um sich über Wasser zu halten, Geschäftspraktiken anwenden, die ihm im Innern selbst zuwider sind. Der Arbeiter empindet dieses oft als Wucher; durch Nichtverstehen zueinander werden oft Zerwürfnisse unter den Teilen der Arbeiter, sowie der kleinen Geschäftsleute hervorgerufen. Der Geschäftsmann ist den Direktiven des Großhandels unterworfen. Seine Existenz ist von diesem abhängig. Der Großhandel vernichtet täglich kleine Existenzen, die der Konkurrenz im Kleinhandel nicht mehr gewachsen sind. Der Großhandel ist vertrustet. Er hat keine Konkurrenz zu fürchten. Wie rettet sich also der kleine Geschäftsmann? Nur dadurch, daß dieser in Arbeiterversammlungen den Anwesenden klarmacht, wie unsicher seine Existenz ist. Der Arbeiter wird das verstehen und wird ihm die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen die Trusts, gegen die Existenzvernichter, bieten. In diese Hand muß der kleine Geschäftsmann einschlagen, weil auch er wiederum von den Arbeitern abhängig ist, die ihm die Ware abkaufen. Im gemeinsamen Streben werden Arbeiter und Mittelständler die Kontrolle der Produktion erreichen und durch eine Arbeiter- und Bauern-Regierung wird auch dem Mittelständler Gewähr geleistet, daßer als Mensch leben kann.

Paul W., Eisleben.

*

Wenn sich der Mittelstand der Arbeiterschaft anschließt und eine Front bildet, um die kapitalistische Profitwirtschaft zu zertrümmern. Denn erst in einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft werden auch die Leiden und Sorgen des Mittelstandes aufhören.

A. T., Halle.

*

Die rücksichtslose Enteignung der kleinen Leute durch die kapitalistischen Spekulanten, die durch die bisherigen Regierungen geschützt wurden, sollte allen zum Bewußtsein gebracht haben, daß sie nur Hilfe und Rettung von der Arbeiterschaft erwarten können. Alle kleinen Geschäftsleute, die kleinen Beamten, Handwerker müßten sich darum mit der Arbeiterschaft zusammenschließen und mit ihnen gemeinsam für die Parole kämpfen, die die revolutionäre Arbeiterschaft aufstellt. Eine Arbeiter- und Bauern-Regierung könnte z. B. das Los auch dieser Leute wesentlich bessern.

F. P., Halle.

*

Durch eine kommunistische Gesellschaft, die allen Menschen die Sorge ums tägliche Brot abnimmt.

W. K., Grana b. Zeitz.

*

Dem Mittelstand kann geholfen werden, wenn die kleinen Handwerker, kleinen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden einsehen werden, daß ihre Existenz durch die Entwicklung der kapitalistischen Großindustrie untergraben und vernichtet wurde, daß dort, wo ihre Vorfahren noch als ehrbare Handwerksmeister ihre Selbständigkeit innehatten, sie heute als Arbeiter und Angestellte um Lohn arbeiten müssen. Der Untergang des kleinen Handwerkerbetriebes ist somit begründet in der Entwicklung des Kapitalismus. Der Mittelständler ist Proletarier geworden. Er kann darum keine Rettung von denen erhoffen, die ihn erst zum Proletarier machten. Er kann nur an der Seite der Arbeiter, die geborene Proletarier sind, erwarten, daß der gemeinsame Kampf um die Sicherung einer Existenz auch ihn vor dem völligen Absturz ins Elend bewahrt.

Karl Sch., Sangerhausen.

*

Wenn es der Arbeiterschaft schlecht geht, wird es dem Mittelstand auch nicht gut gehen. Der Mittelstand sollte also mit der Arbeiterschaft gemeinsam für bessere Lebensbedingungen kämpfen und nicht als ein Feind der Arbeiterschaft auftreten. Auch der Mittelstand hat nur einen Feind. Und dieser Feind ist der hassgierige Kapitalismus.

E. K., Wörlitz (Anhalt).

*

Wenn sich der Mittelstand in die proletarischen Klassenkampforganisationen eingliedert und gemeinsam mit der Arbeiterschaft kämpft.

A. W., Wittenberg.

*

Die Mittelständler, die einmal bessere Tage gesehen haben, müssen an Hand der traurigen Verhältnisse von heute doch feststellen, was die Ursachen jenes Zusammenbruches sind. Haben sie das festgestellt, werden sie begreifen müssen, daß nicht die Arbeiter in den Fabriken schuldig zu sprechen sind, sondern die, die durch den Besitz der Produktionsmittel die Führung des Wirtschaftslebens in der Hand haben, von denen also durch die Existenz der Mittelständler abhängig ist. Darum muß der Mittelständler das Streben der Arbeiter unterstützen, die sich die Eroberung der Produktionsmittel zur Aufgabe gestellt haben. Unter einer Arbeiter- und Bauern-Regierung, die die Kontrolle der Produktion ausübt, wird auch dem Mittelstand die Lebensexistenz gesichert sein.

Fritz B., Torgau.

*

Wenn dem Mittelstand bewußt wird, daß er genau so wie die Arbeiterschaft von den Kapitalisten ausgebeutet und ausgeplündert wird. Die Angehörigen des Mittelstandes müssen die kommunistische Presse lesen, damit sie die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge erst einmal kennen lernen. Wirkliche Hilfe wird erst kommen, wenn die Arbeiter die politische Macht erobert haben.

Frau L. Sch., Aschersleben.

*

Der Mittelstand muß mit dem Proletariat in allen Fragen zusammengehen, denn er geört sozialwirtschaftlich zu der ausgebeuteten Klasse, zum Proletariat. Darum gilt auch für ihn das Wort von Karl Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

W. D., Halle.

*

Da muß mit allem Nachdruck endlich gegen die Front gemacht werden, die die deutsche Wirtschaft zum Tummelplatz ihrer unbegrenzten Profitsucht machen. Das sind nicht einzelne Personen, sondern die gesamte besitzende Klasse, die die deutsche Notlage ausnutzen. Sollten nun die Reden im Reichstag oder die „Notverordnung über den Devisenhandel" oder „die Beschlagnahme von Edelmetallen" genügen, um Deutschlands Wirtschaftslage zu bessern? Nein! Wirksame Mittel sind einzig und allein die Erfüllung der Forderungen des Proletariats!

C. M., Halle.

*

Das Schicksal des Mittelstandes ist mit dem der Arbeiterschaft so eng verknüpft, daß eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft auch eine Besserung der Lage des Mittelstandes bedeutet. Darum muß der Mittelstand in erster Linie für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft kämpfen.

W. B., Dreher, Ammendorf.

*

Dem Mittelstand kann nur geholfen werden, wenn er sich in die proletarische Kampffront einreiht und mit der Arbeiterschaft gemeinsam um die politische Macht kämpft.

F. K., Kemberg.

*

Durch böse Verleumdungen hat man den Mittelstand in die Arme der Arbeiterfeinde getrieben. Man flößte den kleinen Leuten Furcht ein mit dem Schreckgespenst, die Kommunisten würden, wenn sie einmal zur Macht kommen, den kleinen Leuten alles wegnehmen. Die Kommunisten sind noch nicht zur Macht gekommen und doch hat der Mittelstand alles verloren, nicht durch die Arbeiterschaft, sondern durch die Kapitalisten. Der Feind des Mittelstandes ist nicht die Arbeiterklasse, sondern die kapitalistische Klasse. Darum: Kampf der kapitalistischen Gesellschaft.

M. G., Bergmann, Oberröblingen.

*

Nur eine Arbeiter- und Bauern-Regierung kann durch die Kontrolle der Produktion, durch die Erfassung der Sachwerte auch dem Mittelstand helfen.

K. Z., Zeitz.

*

Wenn der Mittelstand nun endlich begreift, daß er nicht zur besitzenden Klasse, sondern zum Proletariat gehört und mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten Hand in Hand arbeitet.

R. W., Weißenfels.

*

Doch nicht nur die Arbeiter, Angestellten und die kleinen Beamten sind Ausbeutungsobjekte der Kapitalisten, sondern auch der Mittelstand. Heute hat der Mittelstand bereits seine Existenz verloren. Er liegt zerrieben von den Kapitalshyänen am Boden. Geholfen kann ihm nur werden, wenn er sich endlich entschließt, Schulter an Schulter mit den Arbeitern gemeinsam das Großkapital zu bekämpfen und zu besiegen.

A. H., Wittenberg.

„Klassenkampf"-Leser!

Zahlt sofort die erste Oktoberrate in Höhe von 25 Millionen Mark an unsere Trägerinnen. Erkennt die Lage der Arbeiterpresse, die Notwendigkeit der sofortigen Zahlung.

Verlag Klassenkampf.

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	1. 10. Geld	1. 10. Brief	29. 9. (nichtamtlich) Geld	29. 9. (nichtamtlich) Brief
Amsterdam	94 769 500	95 237 500	82 000 000	
Brüssel	12 568 500	12 631 500	—	
Italien	10 972 500	11 027 500	—	
London (f. 1 Pfd. Sterl.)	1037 250 000	1042 750 000	850 000 000	
Neuyork (für 1 Dollar)	241 395 000	242 605 000	208 000 000	
Paris	14 781 000	14 837 000	—	
Schweiz	43 092 000	43 308 000	—	
Wien D. Oesterr. abgest	34 012 000	34 028 000	—	

1 Goldmark am 1. Oktober (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 57 619 045 Papiermark.

½2 Uhr: Dollar 242 605 000 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231001-12/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Und die kapitulieren?!

Brief aus dem Rheinland
Von Rheinländer

Düsseldorf, 24. September.

Das schrille Pfeifen der Regiezüge durchgellt nach wie vor die Industriestädte, die Täler und Wälder des Rheinlands. Leere, schmutzige Bahnhofsgebäude, verlassene Wärterhäuschen, verrostete Schienenstränge, zwischen denen das Unkraut üppig wuchert, zeugen vom passiven Widerstand. Von der Saargrenze über Trier bis dicht vor Köln; von der elsässischen Grenze über die Täler der Pfalz hinweg bis Ludwigshafen und in die Vorstadt Mannheims hinein, die Mosel und den Rhein hinunter über Mainz, Koblenz bis nach Bonn; da steht heute Frankreichs afrikanische Armee. Nur an der Ruhr sind ausschließlich weiße Truppen. Ueberall an Weichenstellwerken, Bahnübergängen, Tunnels stehen die braunen Gestalten, fröstelnd in ihre gelben Mäntel gehüllt, auf Posten. Oder Du trifftst sie, wie sie zwischen ihren aufgepflanzten, spitzen Bajonetten einen Trupp Männer mit Koffern und Habseligkeiten abführen: ausgewiesene deutsche Eisenbahner. Das imperialistische Frankreich weiß, warum es die farbigen Truppen hier massiert: Es glaubt ihrer gegen die kommende deutsche Revolution sicherer zu sein als der weißen Franzosen.

Seit einigen Tagen ist in dem Auftreten der französischen Offiziere noch mehr zur Schau getragenes Selbstbewußtsein festzustellen als bisher: „Le jour de gloire est arrivé!" (Der Tag des Ruhms ist da.) Der Chef, Kriegsminister Maginot, hat es am Sonntag in seiner Rede in Montmedy klassisch zum Ausdruck gebracht: „Jetzt spreche ich nicht mehr wie während des Krieges: Wir werden sie schon kriegen! Jetzt sage ich laut und stolz: „Wir haben sie!" Das ist die Wirkung dessen, was jetzt hier Tagesgespräch ist: „Stresemann kriecht zu Kreuze!" — Und die Reitpeitsche in den weißbehandschuhten Händen der Herren Leutnant täuschen siegesbewußt — vorläufig noch auf den eigenen heiliggewichsten Gamaschen.

Von „drüben" brachte ein Genosse die neuesten Zeitungen aus dem Reich. Es ekelt einem an, dies Gewinsel zu lesen, wie man jetzt das Volk anlügt, es „vorbereitet" auf die Kapitulation; wie man ihm dabei allerhand blauen Dunst vormacht: Französisch-englischer Gegensatz, der „einmal" zugunsten Deutschlands ausschlagen wird, Amerika, Völkerbund, der eingreifen muß usw. — Zum Erbrechen ist die neue Parole: „Aufgabe des passiven Widerstands — aber keine Kapitulation!" Aber man kann ja von diesem Regime nichts anderes erwarten, als daß es vorzieht, vor dem fremden Kapital zu kapitulieren, um die eigene privilegierte soziale Stellung zu retten. Die deutsche Bourgeoisie — das wissen wir Kommunisten nicht erst seit heute — wird nicht freiwillig die Herrschaft an ihren Klassenfeind, das Proletariat, abtreten. Lieber vorher zehnmal mit den Franzosen zusammen gegen die rebellierende proletarische Kanaille! Die eben einlaufende Nachricht, daß Sollmann die „Rote Fahne" von neuem verboten hat, bestätigt nur diese unsere Auffassung.

Stresemann-Hilferding-Sollmann wollen den passiven Widerstand aufheben, „um das Rheinland zu retten"? Sie kennen ebensogut wie wir die Ziele der Politik Frankreichs. Wenn sie es vergessen haben sollten, mögen sie die Rededuells zwischen Clemenceau-Lloyd George und Wilson auf den Friedenskonferenzen, die der endgültigen Festlegung der Artikel des Versailler Friedensvertrages vorausgingen, nachblättern. Dort finden sie Frankreichs Ziele betreffs des linken Rheinufers, betreffs der Einheit Deutschlands. Ist es notwendig, zu zitieren? — Man lese nur die eigenen früheren Reden Stresemanns und Sollmanns zur Rheinlandfrage. „Ein einziges Irland" wollte der erstere erst noch vor ein paar Monaten aus dem Reich machen. Es wäre Zeit, all das auszugsweise in die Erinnerung zurückzurufen, was die jetzt auf einem anderen Loch pfeifende Preßejournaille vor kurzem noch über Frankreich, seine Politik, seine Ziele schrieb. Es gibt nichts Jämmerlicheres als diesen kommandierten Gesinnungsumfall, angefangen von „DAZ.", „Berliner Tageblatt", „Frankf. Ztg.", „Köln. Ztg." bis zum „Vorwärts".

„Das Rheinland retten?" Ueberall werden hier französische Kasernen und Wohnungen für den Troß der Besatzung gebaut. Die Flugplätze richtet man auch nicht ein, um sie morgen im Stich zu lassen. In den Wäldern der Eifel und der Pfalz sinken die schönsten Bäume unter den Schlägen der Beschlagnahmekommission zusammen. Das „Echo du Rhin" teilt triumphierend mit, daß die Ausbeutung der französischen Weingärten dieses Jahr einen guten Betrag in die französische Reparationskasse abwerfen wird. Wiesbaden, seine Kurbäder, seine Vergnügungen sind auch zu schön, um darauf Verzicht leisten zu können. Ueberhaupt — der ganze Rhein! „Nous y sommes! Nous y restons!" (Wir sind hier, wir bleiben hier.) Werden die Franzosen der schönen Augen Stresemanns wegen die reichen Schätze im Ruhrgebiet preisgeben? Poincaré sprach wohl einmal von einer „unsichtbaren Besetzung", aber nur unverbesserliche Illusionisten konnten auf einen solchen Witz hereinfallen. Und jetzt hat auch er am Sonntag auf drei Kirchhöfen von neuem unerbittlich seine Forderungen gestellt.

Freiwillig wird der französische Imperialismus das deutsche Gebiet, das er durch Krieg im „Frieden" erobert hat, nicht räumen. Es gibt nur eine Kraft, die das bewirken könnte: der Kommunismus. Aber der fürchtet die herrschende Klasse in Deutschland selbst als wie der Teufel das Weihwasser.

Gegenüber der Benebelungskampagne, die die bürgerlich-sozialdemokratische Presse im Reiche führt, um das Volk über die furchtbare Tatsache hinwegzutäuschen, daß jetzt der kostbarste Teil Deutschlands verschachert wird, muß klar von uns Kommunisten festgestellt werden, was ist. Nehmen wir nur die Pariser Montagszeitungen zur Hand, die eben eingetroffen sind. Ihr Inhalt atmet Siegesbewußtsein und Machttaumel. Kurze Proben nur:

Der „Matin" schreibt:

„Gewiß, das Ende der Feindseligkeiten bedeutet noch nicht den Frieden. Und diesmal müssen wir den ganzen Vorteil unserer klugen Politik wahrnehmen, um die Sicherheiten und die Reparationen zu erlangen, auf die wir ein Anrecht haben."

Das „Journal des Débats" verlangt die unverschleierte, nackte Kapitulation der Stresemann-Regierung:

„Der Reichstag und die höchsten Reichsbehörden haben uns gegenüber die beleidigendste Sprache geführt. Heute kommen die Anhänger Stresemanns und sagen uns: Der neue Reichskanzler spielt die letzte Karte. Nach ihm kommt nichts mehr als das Chaos. Erlaubt ihm doch, vor dem Reichstag das Gesicht zu wahren und die Regierung zu behalten. Das ist für Euch die einzige Möglichkeit, bezahlt zu werden."

Und die Zeitung antwortet darauf:

„Wir sagen nein! Es ist nicht unsere Aufgabe, die Lage des Kanzlers vor dem Reichstage zu erleichtern. Im Gegenteil, der Reichstag soll sich beugen. Dem ganzen Volke muß man die Niederlage zum Bewußtsein bringen und die Aussichtslosigkeit der Revanche. Seine Vertreter im Reichstag müssen sich als besiegt erklären. Ist das erreicht, wird alles wie am Schnürchen gehen; die Kanzler — dieser oder ein anderer — werden auf keinen Widerstand mehr stoßen, weder beim Reichstag, noch bei dem Großindustriellen. Wiederholen wir nur nicht die Irrtümer von 1918 und 1919; lassen wir uns diesmal nicht die Früchte unseres Sieges entgehen!"

Auch der offiziöse „Temps" ist nicht gewillt, Stresemann das Spiel zu erleichtern:

„Die Berliner Telegramme reden noch von Massenamnestie, von Wiedereinstellungen en bloc und anderen Vergünstigungen, die die deutsche Regierung zu erhalten hofft. Solche Illusionen darf man nicht fortbestehen lassen. Tatsächlich existiert zugunsten der Leute, die angeklagt, verurteilt, eingesteckt oder ausgewiesen worden sind wegen ihres Widerstandes, kein Recht auf Amnestie noch auf Wiedereinstellung."

Und der „Temps" legt ausführlich auseinander, daß nur eine individuelle Untersuchung durch die Besatzungsmächte festgestellen wird, ob, von Fall zu Fall, eine derartige Maßnahme nicht geeignet wäre, die Sicherheit der Truppen, die Produktivität der Pfänder, die Ausführung des für das Eintreiben der Reparationen notwendigen Programms zu stören."

Diese Sprache ist brutal, aber offen und unzweideutig. Die siegestrunkenen französischen Imperialisten wollen nach wie vor die ihnen an Rhein und Ruhr zum Opfer gefallenen Arbeiter, Angestellten und Beamten als rechtlose Kolonialsklaven behandeln. Das deutsche Proletariat muß an dieser Sprache erkennen, was es von der Kapitulation zu erwarten hat. Es muß den Nebelschleier zerreißen, den die eigene Regierung und Presse über es breiten will. Nur dann wird es die Widerstandskraft und den ungeheuren Willen finden, durch seine Revolution dem Hinabsturz in barbarische Sklaverei zu entgehen.

„Qui vivra, verra!" — Wer es erleben wird, wird es sehen!

Hörst Du den Schrei?

Hörst Du den Schrei?
Millionenkehlig dringt er herauf
Aus qualvollem Bangen.
Millionenkehlig reckt er sich auf
Aus Sehnen — Verlangen.
Hörst Du den Schrei?

Hörst Du den Ruf?
Aus düsterer Tiefe bricht er sich Bahn
Millionengestaltig!
Aus kerkerner Enge stürmt er heran,
Millionengewaltig:
Hörst Du den Ruf!?

Hörst Du den Schritt?
In dröhnendem Gleichmaß tackt es daher
Durch die Straßen und Gassen.
All über dem Erdball wuchtet es schwer.
Das Schreiten der Massen.
Hörst Du den Schritt?

Tritt in das Glied!
Der Jammer der Menschheit krümmt sich im Tod
Verzweiflungsgebärtig.
Die Freiheit der Arbeit ringt mit der Not
Siegsichergebärtig.
Tritt in das Glied!

Johann Knief.

Brief aus Sowjet-Rußland

Ein Vortrag über Deutschland in Moskau
Von **Frida Rubiner** (Moskau).

Am 14. September sprach Genosse Radek im ersten Staatszirkus von Moskau vor den Parteigenossen des Krasnaja-Presnja-Rayons über die Lage in Deutschland.

Eine Stunde vor Beginn des Vortrages war der Zirkus dicht gefüllt. Besetzt waren nicht nur die Ränge und Galerien, sondern auch die Arena und die Barriere waren dicht mit Menschen besät. In echt-russischer Einfachheit hatten es sich die Hörer auf dem Sande der Arena bequem gemacht, und so bildete der ganze riesige Zuschauerraum eine einzige, ununterbrochene muldenförmige Masse von ungefähr 6000 Personen. Die Rednertribüne war hoch oben auf dem Musikpodium aufgeschlagen. Im Publikum war die Jugend vorwiegend vertreten. Im Rayon Presnja liegt die Sverdlow-Universität. Anwesend waren fast das ganze proletarische Studentum Moskaus, viele Rotarmisten und viele Arbeiter aus den Betrieben. Sie alle waren in Scharen herbeigeeilt, um aus dem Munde Radeks die Ausführungen über die Lage in Deutschland zu vernehmen.

Was geht in Deutschland vor? Das ist die Frage, die jetzt auch den letzten Arbeiter interessiert. Es gibt heute in der Arbeiterklasse Sowjet-Rußlands keine unpolitischen Menschen; jeder russische Arbeiter ist praktisch durch die Hochschule der Revolution gegangen und weiß, daß sein Schicksal aufs engste mit dem Geschick der übrigen Welt verknüpft ist. Jedesmal, wenn große politische Ereignisse in Erscheinung treten (so bei der Besetzung der Ruhr, oder nach der Curzon-Note im Frühling dieses Jahres), zeigt es sich immer wieder von neuem, daß die russische Arbeiterklasse geschlossen aufmarschiert, um zu erklären: „Wir sind bereit, wir sind auf der Hut."

Das Interesse steigert sich natürlich um so mehr, je weiter sich die Dinge in Deutschland entwickeln. Die Zeitungen melden: Der Dollar 130 Millionen, Teuerungsunruhen da und dort, Aussperrungen, Streiks — der russische Arbeiter weiß aus eigener Vergangenheit, was das zu bedeuten hat. Der Faszismus in Deutschland hat für ihn die Bedeutung der Schwarzen Hundert aus der Zarenzeit; der Betriebsrätekongreß, der illegal in Velten abgehalten wurde, erinnert ihn an die illegalen Jahre vor 1917. Jeder Bericht über Deutschland fällt auf fruchtbaren Boden.

Genosse Radek berichtet in objektiver Sachlichkeit über den Stand der Dinge in Deutschland. Er schildert die ökonomische und politische Situation. Er „versprich" seinen Hörern nicht die Revolution in Deutschland, er schildert nur die Möglichkeiten und deckt die Fäden auf, die vom revolutionären Deutschland zu dem Arbeiter- und Bauern-Rußland führen. Er zeigt, daß eine Vernichtung der deutschen Revolution zugleich eine Niederlage der russischen Revolution bedeuten würde. Eine Niederschlagung der deutschen Revolution würde eine Intervention der Bourgeoisie in Sowjet-Rußland bedeuten. Wer daher versuchen würde, die deutsche Revolution zu vernichten, der würde im Nacken die Faust der Roten Armee zu spüren bekommen.

Der praktische Sinn dieser Ausführungen ist klar, er bedeutet, daß mit der deutschen Revolution neue große Opfer auch für das werktätige Rußland verbunden sind.

Der zweistündige Vortrag des Genossen Radek wird in atemloser Stille entgegengenommen, die nur stellenweise vom tosenden Beifall unterbrochen wird. Der Beifall steigert sich zu langanhaltenden Ovationen, besonders an den Stellen, wo der Redner die Perspektiven eines Krieges ausmalt und in rauhen Worten den Hörern sagt, welche neuen Anforderungen in diesem Fall an sie gestellt werden würden.

Der Vortrag hat einen kleinen Epilog. Auf der Rednertribüne befindet sich unter anderen der Genosse Budjenni, der proletarische Rettergeneral. Spontan ergreift er das Wort, um an die Massen eine kurze Ansprache zu richten. In knappen, ungelenken Sätzen spricht er von der Pflicht der Roten Armee, die Revolutionstreue zu beweisen nicht nur in Worten, sondern in Taten. Die Wände des Zirkus erdröhnen von rauschendem Beifall, die Begeisterung der Menge mündet schließlich aus in den mächtigen Gesang der „Internationale".

„Weiß das deutsche Proletariat, das in schwerer Not ringt und noch keinen klaren Ausweg vor sich sieht, daß jenseits der Grenzen, in Rußland, Tausende und Millionen Herzen in brüderlicher Eintracht schlagen, daß hier Millionen die Sache der Befreiung der deutschen Arbeiter als ihre eigene Sache betrachten und bereit sind, auf den ersten Ruf zur Hilfe zu eilen?

Die Krähen

10]

Roman von **Janos Gyetvai**

„Herrgott im Himmel! Was wird jetzt geschehen? Sie werden ihn erschlagen, oder er wird einen von ihnen töten!"

Ich versuchte aufzustehen. Fiel zurück. Fror entsetzlich. Die Kälte schüttelte mich derart, daß es meinen Körper im Bett hin und her warf.

Plötzlich schien mir, als vernähme ich Stimmen.

„Heilige Mutter Gottes, sie stürzen sich auf einander!"

Doch war ich da auch schon aus dem Bett und schleppte mich taumelnd in der Richtung der Tür. Die Mauer entlang, und nachher an den Zaun gestützt, so ging ich zum Kokai-Haus hinüber. Von irgendwoher kam gerade die alte Kokai. Ich weiß nicht, ob vom Stall, oder von der Straße her.

„Wo warst Du? Die ganze Nacht auszubleiben!"

Ich schaute sie nur mit verglasten Augen an. Wissen die da nichts? Ist denn nichts geschehen? Auch im Haus schien alles still zu sein.

Die Alte begann mich zu führen.

„Als ob man Dich gerade vorhin aus dem Sarg gehoben hätte. Was geschah denn mit Dir?"

„Nichts. Ich weiß nicht. Sahst Ihr Karoly nicht?"

„Welchen Karoly?"

Sie ließ meine Hand los und schaute mich an, wie man Wahnsinnige anzusehen pflegt.

Karoly, meinen Mann, meinen ersten Mann, meinen wirklichen Mann."

„Ist er also heim . . . tatsächlich . . . heim . . . gekommen?"

Ihre Stimme stockte. Und sie eilte auch schon fort. Ins Haus. Ich verharrte eine Weile dort, wo ich eben stand. Vermochte mich erst dann weiterzuschleppen. Doch drehte sich da auch schon wieder alles um mich um.

Die Tür öffnete sich. Karoly trat heraus, unseren Sohn auf dem Arm.

Er kam auf mich zu und ging auch an mir vorbei, als hätte er mich gar nicht gesehen.

„Karoly!" — rief ich so leise, daß es vielleicht nicht einmal an sein Ohr drang. Der Boden schwankte unter mir, und ich brach jählings zusammen.

Ich hörte die Stimme des Kindes. Es weinte laut. Ich sah unklar, daß er das Kind auf die Erde stellte, zu mir kam, mich aufhob und ins Haus trug. Drinnen saßen die Kokais, der alte, die beiden Söhne und nun auch die alte Frau Kokai, als ob sie ein Gespenst gesehen hätten.

Später hörte ich, daß sie sich nicht einmal zu rühren vermochten, als Karoly eintrat. Karoly grüßte:

„Guten Morgen."

Lajos empfing ihn. Seine Stimme wollte auffahrend, drohend, hochmütig sein, doch verschlug es auch ihm den Atem:

„Guten Morgen."

Sie waren fellenfest überzeugt, ein Gespenst zu sehen.

„Wo ist mein Sohn?"

„Er schläft hier in dem kleinen Bett."

Karoly ging hin und hob das Kind ohne ein Wort aus dem Bettchen. Und er machte auch schon Kehrt und strebte hinaus. Da begegnete er mir.

Wie ich schon sagte, ich war zusammengebrochen und er trug mich ins Haus. Legte mich auf das eine Bett, auf jenes, das er als erstes erreichte, drehte sich wieder um und ging. Eine Weile, zwischen dem Oeffnen und Schließen der Tür, war des Kindes Weinen zu hören.

Was dann geschah, daran erinnere ich mich nicht.

Lange lag ich im Fieber . . .

Man erzählte mir, ich habe lange zwischen Leben und Tod geschwebt. Alles deuchte mir wie ein Traum. Wie ein schwerer, alpdruckartiger Traum. Ich dachte immerfort um mich, wie ein Mensch, der im Kopf wirr geworden ist. Und seither heißt es, daß meine Seele das Gleichgewicht verloren habe. Doch ist das nicht war, gelt, ich spreche ja ganz vernünftig? Und ich erinnere mich auch an alles, ganz klar...

Aber ich wagte, wollte nicht fragen.

Wußte in meinen Herzen alles, erriet alles genau.

Karoly wollte mich nicht mehr haben. Wäre ich in unserem Häuschen geblieben, er hätte mich auch dann hierhergeschickt oder hierher gebracht. Oder aber er hätte mich einfach vors Haus in den Schnee gelegt und hätte sich um mich nicht weiter gekümmert. Er wollte nur seinen Sohn von den Kokais fortnehmen.

So war's.

Die Kokais sprachen zu mir kaum ein Wort, während ich krank dalag. Und sie pflegten mich auch nur mit größter Unlust. Wie sie es mit einem Fremden getan hätten, der besinnungslos ins Haus gebracht wurde und den man nicht geradeswegs dem Tod preisgeben konnte.

Die Alten kümmerten sich überhaupt nicht um mich. Ihr älterer Sohn, der Lajos, drohte bisweilen durchs Fenster zu unserem Häuschen hinüber.

Ferenc kam manchmal zu mir. Sein Gesicht war eingefallen, und er schaute mich mit verglasten Augen an. Einmal sagte er:

„Wir werden ja sehen, wie das Gesetz entscheidet. Ich behalte Dich gerne bei mir, wenn auch Du es willst."

„Lieber sterbe ich."

Ein zweites Mal kam darauf nicht mehr die Rede.

Die Kokais schwiegen, und ich lag immerfort ohne ein Wort und reglos im Bett. Ueberlegte und überlegte. Und starrte unentwegt die Tür an, denn vielleicht wird sie sich doch einmal öffnen.

Draußen pfiff der Wind und wirbelte Schnee gegen das Fenster.

Frühling war's, als ich genas...

Allmählich begann ich dennoch zu genesen. Aber nur mein Körper genas. Meine Seele wurde nie wieder gesund. Alles war in mir gestorben. Nur im tiefsten Verließ meines Herzens zitterte noch immer etwas. Ich erfuhr niemals, was es war. Weiß es auch heute nicht. Zuckte bisweilen zusammen, als hätte ich den Veitstanz. Stierte vor mich, streichelte das Oberbett, etwas trieb mich, die Spitze des Kissens aufzurennen.

Die Hausleute kamen und gingen wortlos. Siedelten in das kleine Zimmer über, wohnten, aßen dort, verbrachten dort den Tag.

Manchmal kam Ferenc zu mir mir. Fragte:

„Fühlst Du Dich wohler? Schüttelt Dich die Kälte noch so sehr? Wenn Du etwas brauchst, sag es mir nur."

Seine Stimme wollte freundlich sein, doch hörte und sah ich, daß der Ton nicht seinen Gefühlen entsprach. Auch in seinem Herzen schien alles durcheinander geraten zu sein, doch wollte er dies nicht zeigen.

Auf Karoly war seither nicht die Rede gekommen, ich aber wäre lieber gestorben, als vor Ferenc, vor den Kokais, eine diesbezügliche Frage auf die Lippen zu nehmen.

Sobald niemand im Hause war, stand ich auf, schleppte mich ans Hoffenster und schaute zu unserem Häuschen hinüber. Wenn ich in der abendlichen Dämmerung jemand durchs Fenster oder auf dem Hof zu sehen vermeinte, fuhr mir ein Stich durchs Herz.

„Karoly" — dachte ich.

Doch erstickte in mir jedesmal dieses Wort.

Einmal erblickte ich meinen kleinen Sohn, wie er durch die Tür auf den Hof trippelte und dann wieder zurückging. Nur in meinem Innern schrie die Stimme, die nicht über meine Lippen zu gelangen vermochte:

„Mein Sohn, mein liebes, teures Kind!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231001-12/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 1.—7. Okt. 25 Mill. Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 2 200 000 Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 10 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 5 Mill. Mk. | Montag, den 1. Oktober 1923 | 3. Jahrgang Nr. 229

Die Festung Küstrin von faszistischen Truppen besetzt?

Sammlung der norddeutschen Faszisten zum Marsch auf Berlin und Mitteldeutschland
Arbeiter, bildet die eiserne Mauer gegen den Faszismus!

(Eigene Meldung.) **Berlin, 1. Oktober.**

Die über die Treibereien der Faszisten sehr gut unterrichtete Tel.-Union verbreitet in Berlin die Nachricht, daß die Festung Küstrin im Morgengrauen des 1. Oktober von nationalen Kampfverbänden besetzt wurde und daß die Reichswehr keinen Widerstand geleistet hätte und daß ununterbrochen neue Verstärkungen nationaler Kampfverbände in Küstrin eintreffen.

Das Reichswehrministerium teilt dazu mit, daß die Meldung von einem Umsturz in Küstrin von der Tel.-Union in der verbreiteten Form nicht zutrifft. Das Reichswehrministerium wird in Kürze einen Bericht über die in Berlin kursierenden Gerüchte über die verbreitete Meldung herausgeben.

*

Trotz des eigenartigen Dementis des Reichswehrministeriums weiß die Arbeiterschaft, woran sie ist. In Küstrin ist einer der geplanten und angekündigten Aufmärsche der faszistischen Truppen erfolgt.

Der Schlag gegen Küstrin ist nur ein Glied in der Kette des faszistischen Staatsstreich-Planes. Mit weiteren offenen Sturmangriffen an anderen Stelle des Reiches ist zu rechnen. Die faszistischen Truppen werden an den festen Stützpunkten gesammelt, um dann gegen die Arbeiterzentren geführt zu werden.

Für die gesamte Arbeiterschaft bedeuten die Ereignisse in Küstrin: Alarm!!

Die Koalitionsregierung hat den Schlag gegen Küstrin nicht verhindert, obwohl die Arbeiterpresse die offenen Rüstungen der Faszisten in Norddeutschland meldete.

Die Arbeiterklasse kann in der Abwehr nur auf ihre eigene Kraft rechnen. Heute müssen alle proletarischen Organisationen in den Dienst des Abwehrkampfes gestellt werden. Wer von den reformistischen Verrätern die Arbeiterschaft dem Faszismus überantworten will, ist auszuschalten.

Die proletarische Einheitsfront muß jetzt stehen! Der letzte Arbeiter muß aufgeweckt werden. Die faszistischen Bluthunde sollen diesmal auf Granit beißen!

Wirkungen der Militärdiktatur

Fieberhafte Tätigkeit der Faszistenbanden

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 30. September.**

Wie dem „Berliner Tageblatt" von gutunterrichteter Seite berichtet wird, wirkt sich die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes in einer fieberhaften Tätigkeit der faszistischen Mordverbände aus. Nicht nur in Süddeutschland, sondern in allen Teilen des Reiches, besonders in Oberschlesien, Pommern und den beiden Mecklenburgs, haben in den letzten Tagen die faszistischen Organisationen ihre Tätigkeit verstärkt. Es wird insbesondere von ihnen versucht, einen verstärkten Einfluß auf die Reichswehr auszuüben. Offenbar halten die Führer dieser Geheimbündelei den jetzigen Zeitpunkt für besonders geeignet, weil die vollziehende Gewalt ausschließlich in den Händen der Militärbefehlshaber ruht.

*

Die faszistischen Organisationen werden von der Reichswehr ausgerüstet

Am Sonnabend wurde der Polizeipräsident von Berlin von seinen eigenen Parteigenossen alarmiert. Sie meldeten ihm, daß sich in Spandau faszistische Organisationen, wie „Fridericus Rex" usw., mit Hilfe der Reichswehr bewaffnen. Aehnliches wird aus den Kasernen der Reichswehr in Berlin gemeldet.

Der Militärkommandeur Berlins von Horn hat in einer öffentlichen Bekanntmachung diese Bewaffnung der Faszisten bestätigt, trotzdem doch die Organisationen immer besser be-

Belagerungszustand und Manöver, das mag glauben, wer will. Der Zweck der Truppenverschiebung ist eindeutig gegen Sachsen und Thüringen gerichtet. Die 60 Soldaten, die in Corbetha einquartiert werden, haben keine andere Aufgabe, als im gegebenen Falle die Eisenbahn zwischen Sachsen und Thüringen zu sperren, und die beiden Bataillone der Leipziger Reichswehr und die Batterie der Halberstädter Artillerie hat keine andere Aufgabe, als die Verbindung zwischen Sachsen, Thüringen und Halle zu sperren. So wird der Ring um Sachsen und Thüringen immer enger geschlossen.

Demokratische Polizeichefs werden beseitigt

Oberbürgermeister Luppe der Polizeigewalt entsetzt

München, 30. September.

Laut „München-Augsburger Abendzeitung" hat der Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr dem Oberbürgermeister Luppe in Nürnberg die Polizeigewalt in der Stadt entzogen. Die Polizeigewalt für Nürnberg-Fürth wurde dem Staatskommissar von Nürnberg-Fürth, Oberregierungsrat Gareis, auf Grund des Ausnahmezustandes übertragen. Gareis wird als Vertreter Dr. v. v. Kahrs die Polizeigewalt ausüben.

Arbeiter-Regierung g[illegible]ktatur

(Eigene Drahtmeldung)

Leipzig, 30. September.

Von Sachsen droht die Gefahr! Das ist das Stichwort der Konterrevolution für die Vernichtung der sächsischen und der gesamten mitteldeutschen Arbeiterschaft. Sachsen steht unter dem verschärften Belagerungszustand. Die sozialdemokratischen Minister der Großen Koalition gestatten zwar den Herrn Generalstaatskommissar von Kahr, sie dulden jedoch keinen Zivilkommissar für Sachsen. Der Belagerungszustand richtet sich gegen links. Schon sind in Sachsen die Kontrollausschüsse verboten, Versammlungen werden unterdrückt, die Faszisten kommen aus ihren Schlupflöchern hervorgekrochen.

Weithin sichtbar muß in dieser Stunde die Gefahr und gleichzeitig die geschlossene Abwehr signalisiert werden. Gegen Sachsen richtet sich der erste Stoß. Dieser Stoß muß jedoch von der gesamten deutschen Arbeiterklasse pariert werden. Die KPD. hat die Gefahr sofort erkannt, während die VSPD. und die sächsische Regierung passiv verharren und der Militärdiktatur eine Machtposition nach der anderen ausliefern, ruft die Kommunistische Partei das Proletariat auf zur Bildung der breitesten Einheitsfront. Der Landesvorstand Sachsen der KPD. und die kommunistische Landtagsfraktion erlassen einen Aufruf an die sächsische Arbeiterschaft, in dem es heißt:

„In der Erkenntnis des gewaltigen Ernstes und der Schwere dieser entscheidungsvollen Tage ist die KPD. erneut an die Sozialdemokratische Partei, die Regierung und die Gewerkschaften herangetreten, um einen Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte zu einer Notfront gegen den Faszismus zu schaffen. Die Rettung kann einzig und allein sein eine gemeinsame Aktion der Parteien und Gewerkschaften.

Die KPD. hat die Initiative dazu ergriffen und unter Zurückstellung früherer Forderungen eine gemeinsame Regierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten vorgeschlagen. Die Plattform für die gemeinsame Arbeiter-Regierung besteht in folgendem, sofort zu verwirklichenden Notprogramm.

1. **Sofortige Mobilisierung der Massen. Gemeinsame Proklamation an die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Sofortige Einberufung des Landtags.**
2. **Anwendung aller Mittel zur Beseitigung des Ausnahmezustandes.**
3. **Verstärkung, Ausbau und Bewaffnung der gemeinsamen Abwehrorganisationen.**
4. **Sicherung der sächsischen Grenze gegen Bayern durch die gemeinsamen Abwehrorganisationen.**
5. **Sofortige Einsetzung gemeinsamer Aktionsausschüsse zur Unterstützung der Arbeiter-Regierung für die Dauer des Ausnahmezustandes.**
6. **Zur Abwehr der faszistischen Militärdiktatur Vorbereitungen zur Durchführung des politischen Massenstreiks.**
7. **Bildung eines mitteldeutschen Abwehrblocks**

[illegible]yrisch-faszisti-
[illegible]istenz der Arbeiter.
[illegible]oalition und für
[illegible]che.
[illegible]pfende Einheitsfront
[illegible]r der Ausgebeuteten
[illegible]tion zermürben und
[illegible]ampf und den Willen
[illegible]D. und die kommu-
[illegible]it den sächsischen Ge-
[illegible] und stellen sich ge-
[illegible]t ohne Einfluß auf
[illegible] wird. Die deutsche
[illegible]t Druck der Kommu-
[illegible] von historischer Be-
[illegible]ie Würfel über das

[illegible]egen Sachsen
[illegible]els, 1. Oktober.
[illegible]taillone des Reichs-
[illegible] Halberstädter 4. Ar-
[illegible]e Presse schreibt von

Es geht gegen die Arbeiterklasse!

Legalisierung der monarchistischen Geheimverbände — Die Große Koalition vor dem Zusammenbruch — Faszistische Diktatur oder Arbeiter-Regierung

Der Zweck des über das Reich verhängten Ausnahmezustandes enthüllt sich Tag für Tag klarer. Die Drohungen Hitlers mit dem gewaltsamen Umsturz beantwortete die bayrische Regierung mit der legalen Uebergabe der Macht an den bayrischen Monarchisten und Faszistenführer von Kahr. Sofort erfolgt Schlag auf Schlag gegen die Arbeiterklasse. Der sozialdemokratischen „Münchener Post" werden die letzten Waffen weggenommen, die sozialdemokratischen SA. (Sicherheits-Abteilungen) werden aufgelöst, der bayrische Betriebsrätekongreß sowie alle Arbeiterversammlungen werden verboten, in sozialdemokratischen Bureaus werden Haussuchungen veranstaltet und der Staatsanwalt „besaßt" sich mit den sozialdemokratischen Waffenlagern. Ja sogar der demokratische Bürgermeister von Nürnberg wird seiner Funktionen enthoben. Dagegen wird das Verbot der illegalen „vaterländischen" Kampfverbände aufgehoben. Dagegen gehen die Paraden der faszistischen Verbände in Bayern weiter. Mit den Kampfverbänden ist die bayrische Rechtsdiktatur legalisiert, d. h. das Großkapital erledigt den demokratischen Schein und stützt sich in seiner Herrschaft auf den Faszismus.

Aber nicht nur in Bayern, im ganzen Reich erhebt sich die Reaktion. Die Koalitionsregierung verhängt unter dem Vorwand, den bayrischen Schlag zu parieren, den Ausnahmezustand über das ganze Reich, d. h. **sie übergibt die Macht dem Reichswehrminister und den Generalen.** Sofort werden in Sachsen, Mitteldeutschland und Thüringen Arbeiterversammlungen verboten, die Organisation von Streiks untersagt, Kontrollausschüsse ohne behördliche Genehmigung unterdrückt. Die sächsischen Industriellen werden bei Ebert „dringend" vorstellig und wenden sich **gegen eine Aufhebung des Ausnahmezustandes** überhaupt, der ihnen ihre Profitinteressen so gut schützt. Also nicht nur in Bayern, in ganz Deutschland: ein Machtergreifen der Rechtsdiktatur, ein Ringen gegenüber der Arbeiterschaft, die eroberte Stellung zu halten, die nackte faszistische Diktatur über das Reich zu befestigen.

Der Konflikt Geßler—Kahr wegen des Verbotes des „Völkischen Beobachters" ist absolut ein Widerspruch in diesem bitterernsten Bild. Hitler tobt in seinem Blatt gegen Kahr und die Reichsregierung, er verlangt, daß zur Sicherung des Sieges bayrische Truppen in Sachsen und Thüringen einmarschieren sollen. Aber der „wilde Mann" Hitler ist doch nichts anderes als ein gekauftes Subjekt des Großkapitals. So und nicht anders ist seine Haltung zu bewerten. Die fanatisierten Stoßtrupps der Völkischen sollen den Großkapitalisten dazu dienen, ihre Ziele durchzuführen. Sie sind die Peitsche in der Hand ihrer Leute, vor deren Drohung in Bayern und im Reich die Demokratie ohne Schwertstreich abgedankt hat. Niemand wird bestreiten, daß viele der einfachen Soldaten in den Hitlerschen Sturmtrupps das Vaterland retten wollen, daß sie glauben, dies könne geschehen durch blutige Vernichtung der Arbeiterbewegung, durch ein Aufräumen mit den „Novemberverbrechern" und der „Juden", und daß sie dann an einen Revanchekrieg gegen Frankreich denken. Aber die Persönlichkeiten der deutschvölkischen Führer, ihre bisherigen Geldquellen bieten dem Großkapital, das zuletzt an einen Befreiungskrieg denkt, sondern sich jetzt mit den französischen Kapitalisten verständigt und verschmilzt, die Gewähr dafür, daß die reaktionären Gruppen in den Grenzen der Betätigung bleiben, die ihnen von den Stinnes und Konsorten vorgeschrieben werden, d. h. **daß sie sich lediglich als Bluthunde gegen die Arbeiterklasse betätigen,** gegen die Arbeiterklasse, die sich jetzt wirtschaftlich wehren muß, weil ihr neue gewaltige Lasten aufgebürdet werden sollen, unter denen sie zusammenbrechen müßte.

Es ist also nichts als ein elender Mißbrauch des nationalen Empfindens weiter, verelendete Volkskreise, wenn als Zweck der illegalen Verbände der Befreiungskrieg gegen die Entente angegeben wird. Am gestrigen Sonntag hielt noch der Franzosenfreund und Landesverräter Graf Bothmer mit Knilling und v. Lossow zusammen eine Regimentsfeier ab. Aber durch ihre Verfassung sind die illegalen Kampfverbände das beste Werkzeug gegen alle republikanischen Elemente, selbst gegen die jämmerlichen „Demokraten" und linken Zentrumsleute.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231001-12/fragment/page=0007